

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Annette Karl

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Ludwig Hartmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Jürgen Baumgärtner

Abg. Gisela Sengl

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Ganserer

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Thomas Huber

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

"Heimat Bayern 2020"

Herr Staatsminister, ich darf Ihnen das Wort erteilen. – Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier gab es schon viele Regierungserklärungen. Heute aber ist tatsächlich die allererste Regierungserklärung zum Thema Heimat und Heimatministerium. Insofern ist das tatsächlich eine echte nationale Premiere.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf Ihnen versprechen: Es wird eine inhaltliche Regierungserklärung. Damit sage ich "Guten Morgen" an das Hohe Haus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayern ist ein wundervolles Land. Für viele Menschen bedeutet der Freistaat die Hoffnung auf ein besseres Leben. Daher wächst unser Land immer weiter. Laut Statistischem Landesamt werden bis zum Jahr 2030 fast 13 Millionen Menschen bei uns sein. Das ist eine Abstimmung mit den Füßen und ein gutes Zeugnis für die Zukunftsfähigkeit Bayerns.

(Beifall bei der CSU)

Doch die Geschwindigkeit des Wachstums ist nicht überall gleich. Die Ballungsräume und die Entwicklungsachsen weisen einerseits eine hohe Dynamik aus. Auf der anderen Seite haben wir jedoch ländliche und strukturschwache Räume, die um den Anschluss kämpfen. Die eigentliche landespolitische Herausforderung liegt darin, dass Bayern nicht dauerhaft ein Land der zwei Geschwindigkeiten werden darf; denn nach der Verfassung soll die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen eine Kernaufgabe des Staates sein.

Gleichwertigkeit heißt aber nicht Gleichartigkeit. Wir wollen in ländlichen Räumen keine Mieten wie in München oder Nürnberg, aber Perspektiven für ein gutes Leben. Unser Augenmerk gilt daher ganz besonders den ländlichen Regionen. Die Städte pulsieren, aber der ländliche Raum ist die Seele Bayerns. Er sorgt für die kulturelle Stabilität unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Bayern soll Heimat für alle sein – für die alteingesessenen Bayern und auch für Neubürger, egal, ob sie aus Deutschland oder aus anderen Teilen der Welt nach Bayern ziehen und hier dauerhaft bleiben. Heimat heißt: zu Hause sein, zu Hause bleiben und vor allen Dingen, sich zu Hause fühlen. Genau dafür haben wir die Heimatstrategie mit einer Reihe von Maßnahmen entwickelt.

Unter dem Motto "Heimat Bayern 2020" wollen wir bis zum Jahr 2020 das Land gleichmäßig entwickeln. Am Anfang steht jedoch die Analyse. Man kann nur Maßnahmen ergreifen, wenn man vorher eine richtige Analyse durchgeführt hat. Der ländliche Raum ist viel besser als das Image, das manchmal in den Medien gezeichnet wird. Über die Hälfte der Einwohner des Freistaats sind im ländlichen Raum daheim und leben auch gerne dort. Mit dem neu erstellten Heimatbericht, der erstmals in dieser Form vorgelegt wird, haben wir jetzt eine umfangreiche Datenbasis für den ländlichen Raum zusammengetragen. Daran lassen sich positive Trends ablesen.

So hat sich zum Beispiel die Arbeitslosenquote im ländlichen Raum im Zeitraum von 2006 bis 2013 halbiert. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im ländlichen Raum ist sogar um über 14 % gewachsen. Auch die Zahl der Studierenden an staatlichen Fachhochschulen im ländlichen Raum hat sich in diesem Zeitraum um 70 % erhöht. Sogar der Zuzug in ländliche Räume hat sich stabilisiert und wieder verbessert. In den Jahren 2012 und 2013 gab es im gesamten ländlichen Raum in Bayern einen positiven Wanderungssaldo von über 80.000 Menschen. Das heißt: Manchen Unkenrufen zum Trotz ist und bleibt der ländliche Raum attraktiv.

(Beifall bei der CSU)

Doch täuschen wir uns nicht: Es gibt eine echte demografische Herausforderung. 2013 verzeichneten 20 Landkreise in Bayern einen Rückgang der Bevölkerung. Sechs davon – Lichtenfels, Kronach, Hof, Wunsiedel, Tirschenreuth und Neustadt an der Waldnaab – hatten sogar einen negativen Wanderungssaldo. Wie reagieren wir darauf? – In anderen Bundesländern wird mit den Schultern gezuckt, wir erarbeiten ein Konzept. Uns muss aber klar sein, dass wir nicht auf einen Schlag alles verändern können. Es handelt sich um einen Prozess und eine Daueraufgabe. Wir brauchen dafür eine flexible und moderne Landesentwicklung. Sie soll nicht statisch oder gar dirigistisch sein. Vorsorge und Reaktion müssen die Parameter einer nachhaltigen Landesentwicklung sein. Wir brauchen Pragmatismus statt Prinzipienreiterei.

Dabei ist Teamarbeit gefragt. Landesentwicklung ist keine One-Man-Show, sondern eine Gesamtaufgabe der Staatsregierung, wenn es um Arbeitsplätze, Infrastruktur, Bildungsregionen, medizinische Versorgung für ältere Menschen oder den Erhalt einer leistungsfähigen Landwirtschaft als Rückgrat des ländlichen Raums geht. Landesentwicklung ist aber nicht nur eine Aufgabe von Staatsregierung und Landtag. Landesentwicklung funktioniert nur in Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort. Staat und Kommunen sind eine Aktionseinheit. Es geht nur gemeinsam Hand in Hand. Geht es Bürgermeistern und Landräten gut, dann auch dem Land.

Um Staatsregierung und Kommunen zu koordinieren und in die gleiche Richtung zu bewegen, braucht es ein Scharnier. Das ist das Heimatministerium.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das Heimatministerium wurde als einziges Ministerium dieser Art in Deutschland auf den Weg gebracht. Ein Heimatministerium gibt es nur in Bayern. Wir sind in dieser Situation einzigartig. Kein anderes Land bekennt sich so zum ländlichen Raum wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir sehen uns als Anwalt und Motor der Landesentwicklung in Bayern. Das ist vielleicht die anspruchsvollste landespolitische Herausforderung überhaupt.

Basis für das Ganze ist Geld. Der kommunale Finanzausgleich ist das wichtigste Element, um Initiativen vor Ort zu stärken. Im Jahr 2015 wächst der kommunale Finanzausgleich erneut auf insgesamt rund 8,3 Milliarden Euro. Wenn man das aktuelle Rekordniveau des kommunalen Finanzausgleichs für die nächsten Jahre fortschreibt und zusammenzählt, würde dies bedeuten, dass der Freistaat Bayern bis zum Jahr 2020 50 Milliarden Euro für seine Kommunen ausgibt. Das gibt es nirgendwo in Deutschland; das ist ein ganz klares Signal.

(Beifall bei der CSU)

Es geht aber nicht nur um die Höhe. Wir wollen das System gerechter und effizienter gestalten. Der kommunale Finanzausgleich muss ein atmendes System sein. Dazu werden wir im Frühjahr mit den kommunalen Spitzenverbänden Vorschläge erarbeiten. Was ist uns dabei wichtig? - Vor allem die Veränderung der Einwohnergewichtung zugunsten strukturschwacher Kommunen und eine faire Bemessung der Steuerkraft stehen im Mittelpunkt. Es kann nicht sein, dass manche Milliarden einnehmen, ohne dass dies angerechnet wird. Es braucht mehr Fairness im kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall bei der CSU)

Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die schwächsten Kommunen in Bayern, die kaum mehr einen eigenen Haushalt aufstellen können. Für sie haben wir im Jahr 2012 erstmals Stabilisierungshilfen eingeführt. Zu Beginn waren es nur 25 Millionen Euro. 2013 haben wir den Betrag auf 100 Millionen Euro vervierfacht, und 2015, also im nächsten Jahr, wird dieser Betrag erneut erhöht, auf insgesamt 120 Millionen Euro. Dies ist ein nahezu einmaliges Instrument. Einige sagen, das sei nur ein Almosen.

Die sollten einmal mit Bürgermeistern reden. Für viele Bürgermeister ist das eine ganz wichtige Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Letzten Freitag fiel die Entscheidung. 169 Kommunen profitieren davon. Rund 91 % dieser Nothilfen gehen nach Nord- und Ostbayern. Allein in den Regierungsbezirk Oberfranken fließen fast 50 Millionen Euro. Der höchste Einzelbetrag geht dabei mit 5 Millionen Euro an die Stadt Hof, und der gesamte Landkreis Wunsiedel mit all seinen Gemeinden erhält über 20 Millionen Euro. Die Oberpfalz erhält fast 21 Millionen, Niederbayern über 13 Millionen. Meine Damen und Herren, es gibt kaum eine Möglichkeit, so schnell, so direkt und so effizient zu helfen. Ich denke, dieses Geld ist gut angelegt.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben übrigens auch Neuerungen eingeführt. Die Stabilisierungshilfen können künftig nicht nur zur Schuldentilgung, sondern auch für Investitionen genutzt werden. Das heißt, die Gemeinden haben die Chance, sich nicht nur zu konsolidieren, sondern auch mit Investitionen voranzukommen. Auch die Mittel für die interkommunale Zusammenarbeit haben wir im Doppelhaushalt auf 4 Millionen Euro erhöht. Wir glauben fest daran: In der kommunalen Familie geht es zusammen besser als allein.

Geld ist das eine, die Landesentwicklung das andere. Bei der Landesentwicklung geht es um die Instrumente Zentrale Orte, Förderräume und auch um die weiteren Maßnahmen der Landesplanung.

Zentrale Orte: Aktuell gibt es 843 Zentrale Orte in Bayern. Vieles von dem bisherigen System ist jedoch nicht mehr zeitgemäß und effektiv. Manche wollen jetzt tatsächlich eine Neuordnung auf dem Reißbrett. Das geht uns zu weit. Wir wollen keine Gemeindegebietsreform, sondern eine zeitgerechte Anpassung der Zentralen Orte an die kommunale Realität. Dazu erstellen wir ein Gutachten. Wir glauben, dass bei diesem

Gutachten einige Akzente besonders wichtig sind, zum Beispiel neue Kategorien wie "Metropolen" als zentraler Verdichtungsraum. Wir glauben an Metropolen. Wir glauben, dass München, Nürnberg, aber eben auch Augsburg als Metropolen zu definieren sind. Augsburg soll als Schwabenmetropole eine ganz besondere Rolle spielen.

(Beifall bei der CSU)

- Da klatschen jetzt die Schwaben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Neben den klassischen Zentren müssen noch zwei Aspekte beachtet werden: Erstens. Wir wollen die Unterstützung für Orte besonders in strukturschwachen Räumen, bei denen zunehmend Versorgungslücken für die Bevölkerung entstehen. Diese müssen besonders entwickelt werden.

Zweitens brauchen wir mehr grenzüberschreitende Zentren. Gerade in den Grenzregionen zu Tschechien und Österreich sollen bayerische Gemeinden mit ihren Nachbarn jenseits der Grenze Zentrale Orte bilden können und damit eine höhere Verdichtung, Vernetzung und somit den Zugang zu verbesserten Fördermöglichkeiten erhalten. Wir müssen flexibler denken, auch über die Grenzen hinaus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Neben den Zentralen Orten werden auch die Förderräume erweitert. Der Raum mit besonderem Handlungsbedarf wird größer. Damit erhalten mehr Gemeinden bessere Konditionen für Breitbandausbau, Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung. Danach werden sechs Landkreise – Main-Spessart, Forchheim, Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim, Ansbach mit der kreisfreien Stadt Ansbach, Mühldorf am Inn und Garmisch-Partenkirchen – in die Förderkulisse aufgenommen.

Neu ist übrigens auch, dass dies nicht nur für Landkreise, sondern darüber hinaus auch gemeindescharf gilt. Das bedeutet: Über die genannten Landkreise und die Gemeinden hinaus werden 57 Gemeinden zusätzlich profitieren, vor allem in Oberbayern, Schwaben und Unterfranken, zum Beispiel in den Landkreisen Traunstein, Altötting oder Rosenheim, in den Landkreisen Aschaffenburg, Würzburg oder Bamberg oder beispielsweise Städte wie Kaufbeuren und Sonthofen im Allgäu. Das sind im Raum mit besonderem Handlungsbedarf dann fast 40 % der Landkreise und 43 % der bayerischen Gemeinden. Das hat Wucht, meine sehr verehrten Damen und Herren; das ist ein Bekenntnis des Freistaats zu ländlichen Räumen.

(Beifall bei der CSU)

Es geht jedoch nicht nur um Förderungen. Wir müssen Bürgermeistern und Landräten vor Ort mehr Möglichkeiten geben, sich auch selber zu helfen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also 15 % Kommunalanteil im Steuerverbund!)

- Lieber Hubert Aiwanger, erst hören, dann stören!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich war neugierig, ob die 15 % kommen!)

Es geht also nicht nur um Förderung. Lassen Sie uns doch Bürgermeistern und Landräten mehr Möglichkeiten geben, sich selber zu helfen. Dabei ist die Ansiedlung von Gewerbe und Arbeitsplätzen mit der wichtigste Punkt. Ich denke, dass die bisher sehr restriktive Handhabung des Anbindegebots im ländlichen Raum der kommunalen Selbstverwaltung häufig entgegensteht.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen hier mehr Flexibilität, generell und speziell. Dazu wollen wir eine intensive und am Ende ergebnisorientierte Abstimmung mit allen Verbänden herbeiführen. Wir

glauben, es braucht hier eine Veränderung. Generell soll das Anbindegebot für Gewerbegebiete an

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ausfahrten von Autobahnen oder vierspurigen Straßen und für interkommunale Gewerbegebiete sowie bei der Ansiedlung wichtiger Tourismus- und Freizeitprojekte gelockert werden. Die einzige Ausnahme besteht beim Einzelhandelsziel; da wollen wir keine Änderung – das sage ich ausdrücklich –, weil wir keinen ruinösen Wettbewerb unter den Kommunen um große Möbel- und Schuhmärkte brauchen. Aber mehr Gewerbe, mehr Technologie, mehr Handwerk – das muss möglich sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Neben dieser generellen Lockerung und Vereinfachung wollen wir auch den strukturschwächsten Orten und den Grenzgemeinden helfen; denn extrem strukturschwachen Orten hilft jede Ansiedlung von Gewerbe. Die Gemeinden in Oberbayern, im Allgäu oder in Ostbayern, die direkt an Österreich und Tschechien angrenzen, brauchen bei Gewerbeansiedlungen Chancengleichheit gegenüber den Kommunen auf der anderen Seite der Grenze. Dort gilt nicht nur das gelockerte Anbindegebot, sondern wir werden darüber hinaus Zielabweichungsverfahren bei Industrie- und Gewerbeansiedlungen deutlich erleichtern; denn wir wollen den strukturschwachen grenznahen Räumen in Ost- und Südbayern neuen Schub geben. Das ist tatsächlich eine neue Etappe der Planungspolitik in Bayern. Wir lassen die Grenzregionen nicht im Stich, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Angst um zu viel Flächenverbrauch habe ich übrigens nicht. Wir sollten Bürgermeistern und gewählten Kommunalpolitikern mehr vertrauen. Sie sind von den Bürgern beauftragt, für ihre Gemeinde zu arbeiten. Sie wissen selbst am besten, was für ihre Ge-

meinde notwendig ist. Ich sage aber auch, dass wir – das ist wichtig – offensiver von den Möglichkeiten des Landesplanungsrechts dort Gebrauch machen wollen, wo es darum geht, das bayerische Naturerbe zu schützen. Dabei geht es übrigens nicht um normale Bewirtschaftung, sondern wir werden das Landesplanungsrecht auch offensiv einsetzen, um in der überregionalen Planung, zum Beispiel, wenn es um Stromtrassen geht, unsere eigene Planungshoheit deutlicher als bisher zu nutzen, um einen bayerischen Akzent zu setzen.

(Beifall bei der CSU)

Nun zur Landesentwicklung. Wir wollen das LEP nicht komplett neu aufrollen, aber verschlanken und entbürokratisieren. Das LEP ist nicht für die Ewigkeit; es anzupassen, dauert aber fast eine Ewigkeit. Wir wollen bei der Fortschreibung des LEP und der Regionalpläne die Verfahren beschleunigen, ohne die Teilhabe zu beschränken. "Endlosschleifen" bei Anhörungen haben wirklich keinen Sinn. Ziel ist eine nahezu Halbierung der Verfahrensdauer bei Änderungen. Allein durch die Digitalisierung des Anhörungsverfahrens wird ein Vierteljahr eingespart. Außerdem werden alle Verwaltungsverfahren, die eine Ausnahme vom Landesentwicklungsprogramm vorsehen, also Zielabweichungen, landesplanerische Untersagungen und Anpassungsgebote, künftig nicht mehr vom Ministerium, sondern ortsnah und damit schneller von den Regierungen entschieden. Das LEP hat also die gleiche Qualität, wird aber schneller, kommunalfreundlicher und ortsnäher.

Tschechien: Eine besondere Herausforderung der Landesentwicklung liegt im Grenzgebiet zur Tschechischen Republik. Diese Region liegt übrigens im Herzen Europas und nicht am Rande Deutschlands. Die Annäherung zu Tschechien ist ein ganz großes historisches Verdienst unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer, dem wir an dieser Stelle herzlich zu danken haben.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings müssen wir für das Zusammenwachsen der Grenzregionen noch mehr tun. Aus dem ehemals Eisernen Vorhang soll eine Goldene Kette geschmiedet werden. Das Heimatministerium hat dazu ein gemeinsames Entwicklungsgutachten mit Tschechien initiiert. Ziel ist es, an der bayerisch-tschechischen Grenze eine Verflechtungsregion zu schaffen. Das soll in engster Kooperation mit lokalen Partnern und regionalen Netzwerken, wie etwa der Donau-Moldau-Region oder der Euregio Egrensis, geschehen. Das Ziel dieses Entwicklungsgutachtens ist genau das Gegenmodell zu dem, was uns der Zukunftsrat einmal geraten hat: Wir wollen ländliche Regionen nicht allein lassen, sondern in die Mitte unserer Betrachtung rücken.

(Beifall bei der CSU)

Auf der Basis des Gutachtens sollen die regionale Infrastruktur besser vernetzt und grenzüberschreitende Verwaltungsverfahren erleichtert werden. Auch regionale Kooperationen in Bildung und Wissenschaft sollen gestärkt und zu einem Technologie-Netzwerk Bayern – Tschechien entwickelt werden. Dafür sollte als Fernziel auch eine gemeinschaftliche bayerisch-tschechische Universität stehen. Sie wäre für den ost-bayerischen Raum ein ganz wichtiges Signal.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus glauben wir, dass auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Tourismus gestärkt werden soll. Ein gutes Signal wäre zum Beispiel eine gemeinsame Landesgartenschau, wie sie die Städte Selb und Aš erwägen. Im Dezember wird das Entwicklungsgutachten mit Tschechien vergeben. Mitte 2015 werden erste Ergebnisse und der Fahrplan vorgestellt. Ich sage Ihnen eines: Unser Ministerpräsident hat eine historische Tür geöffnet, jetzt müssen wir gemeinsam auch durchgehen!

Digitalisierung: Der Breitbandausbau ist gerade für den ländlichen Raum von entscheidender Bedeutung. Das schnelle Internet sorgt für gute Erreichbarkeit und die

Ansiedlung von Unternehmen. Es erhöht Bildungschancen und steigert Lebenskomfort. Manch einer fragt: Was machen die überhaupt in dem Heimatministerium?

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Hören Sie zu und zeigen Sie sich begeistert!

(Beifall bei der CSU – Allgemeine Heiterkeit – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Genau vor einem Jahr wurde die Aufgabe des Breitbandausbaus dem Finanz- und Heimatministerium übertragen. Wir haben uns an die Arbeit gemacht und zuerst einen digitalen Kassensturz gemacht, dann das Förderprogramm in nur sechs Monaten neu konzipiert. Die EU hat die neue Förderrichtlinie 1 : 1 genehmigt. Wir setzen die Förderung in die Praxis um. Das Verfahren wurde halbiert, die Beratung vor Ort organisiert und die Fördersumme im Einzelfall verdoppelt. Von 2 Milliarden Euro, die der Bund derzeit als Investitionen in das Breitbandnetz in Deutschland vermeldet, stammen 1,5 Milliarden Euro aus Bayern. Das deutsche Breitband ist weiß-blau, nichts anderes.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die anderen haben es schon! Das ist der Nachholbedarf!)

– Herr Aiwanger, auch FREIE-WÄHLER-Bürgermeister bedanken sich; denn es zeigt Wirkung. Seit gestern liegen neue Zahlen vor: 1.386 Kommunen sind im Förderverfahren, das sind mehr als zwei Drittel. 134 Förderbescheide wurden erteilt. Anfang des Jahres 2015 stehen die nächsten 60 Förderbescheide an. Der Versorgungsgrad von Haushalten mit schnellem Internet mit 50 Mbit/s im ländlichen Raum ist von Ende 2013, dem Zeitpunkt der Übernahme der Aufgabe durch das Heimatministerium, bis Mitte 2014 von 16 % auf 24 % gestiegen. Unser Ziel ist, dass jede Gemeinde eine Ausfahrt an der Datenautobahn hat. Dies wird Bayern als erstes Bundesland in Deutschland erreichen. Da bin ich mir ganz sicher. Das ist eine große Herausforderung.

(Beifall bei der CSU)

Es geht aber nicht nur darum, Kabel zu verlegen, sondern auch um Inhalte. Im Mittelpunkt steht auch die bayerische E-Government-Strategie. Wir wollen den Paradigmenwechsel "vom Blatt zum Byte". Die Bürger sollen – selbst im kleinsten Ort, nicht nur in der Großstadt – Teilnehmer am bayernweiten digitalen Datenkreislauf sein. Jeder soll seine Behördengänge einfach, schnell, sicher und rund um die Uhr online von zu Hause aus erledigen können. Das ist der barrierefreie, nämlich digitale Zugang zum Rathaus.

Mit dem BayernPortal liefern wir dazu die Technik, mit dem E-Government-Gesetz schaffen wir die rechtliche Basis und mit dem E-Government-Pakt den gemeinsamen organisatorischen Rahmen mit den Kommunen. Was heißt das? - Das BayernPortal wird die zentrale Plattform für Bürger und Unternehmen. Mit dem E-Government-Gesetz schaffen wir den rechtlichen sicheren Rahmen für eine digitale Verwaltung. Mit diesem Gesetz werden erstmalig die Voraussetzungen für digitale Unterschrift, digitales Bezahlen und digitale Sicherheit normiert. Das bedeutet: keine Unterschrift mehr auf Papier, direktes Online-Bezahlen – und das alles sicher über das Portal. Mit dem fortgeschriebenen E-Government-Pakt zwischen Freistaat und kommunalen Spitzenverbänden, den sogar der Präsident des Gemeindetages ausdrücklich gelobt hat, sollen alle Kommunen an das BayernPortal angeschlossen werden. Damit ist Bayern komplett vernetzt und der ländliche Raum online. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CSU)

BayernLabs: Digitalisierung im ländlichen Raum braucht aber noch mehr. Unser Ziel ist es, regionale IT-Zentren zu schaffen. IT-Zentren sind kein Privileg von Großstädten. Regionale IT-Labore, die BayernLabs, richten sich an Schulen, Kommunen und Wirtschaft. Sie vereinen digitale Innovationen, modernes E-Government und eine IT-Wissensbörse unter einem Dach.

Was passiert in diesen BayernLabs? – Wir wollen dort einen Anschluss für mindestens 150 Mbit/s und damit in jedem dieser Labore die schnellste öffentliche Verbindung im Landkreis. Die BayernLabs bieten Firmen die Plattform, um neue digitale Trends und Produkte vor Ort vorzustellen. Schulklassen können dort lernen, wie man in der digitalen Welt am besten und sichersten navigiert.

Wo sollen die BayernLabs entstehen? – Bis 2018 sollen acht dieser Labore entstehen, angeschlossen an bereits bestehende Ämter für Digitalisierung und Breitband. Wir werden diese BayernLabs mit vorhandenen Bordmitteln ohne neue Stellen finanzieren und damit bestehende Strukturen nutzen. Deshalb sind nur Standorte geeignet, die ohne große und teure Baumaßnahmen rasch genutzt werden können. Im kommenden Jahr starten wir mit diesen Laboren. Die ersten beiden Stützpunkte werden in Wunsiedel und Traunstein starten. Danach sollen weitere sechs BayernLabs entstehen, nämlich in Bad Neustadt an der Saale, in Nabburg, in Neustadt an der Aisch, in Vilshofen, in Eichstätt und in Kaufbeuren. Das ist eine echte Strukturmaßnahme für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Freies WLAN: Viele reden davon, wir kümmern uns darum. Ich gebe zu, das Ziel, bis 2020 ein Netz für freies WLAN im ländlichen Raum zu entwickeln, ist ambitioniert. Deswegen kann man hier seriöserweise nur in Stufen vorgehen. In einem ersten Schritt soll die sogenannte Störerhaftung, ein rechtliches Hindernis, beseitigt werden. Bayern wird deshalb eine Bundesratsinitiative starten und eine Veränderung der Störerhaftung einfordern, um freies WLAN zu ermöglichen.

Im zweiten Schritt werden wir über Behörden WLAN-Hotspots aufbauen. Im Jahr 2015 starten wir im Geschäftsbereich des Finanz- und Heimatministeriums an rund 60 Standorten, und zwar an Digitalisierungs- und Finanzämtern, an Schlössern und Burgen sowie auf Schiffen der Bayerischen Seenschifffahrt. Ausgehend von diesen

Standorten soll dann das Angebot mit freiem WLAN in konzentrischen Kreisen im ländlichen Raum ausgeweitet werden.

Um das Ganze für alle Behörden effektiv zu ermöglichen, werden wir bei der Neuausschreibung des BayernNetzes, also hinsichtlich der gesamten Gestaltung aller Behördenverbindungen, dem künftigen Provider vorgeben, dass solche WLAN-Hotspots ab 2016 an allen bayerischen Behördenstandorten betrieben werden. Das wird ein Teil der Neuausschreibung werden und damit als Service vom neuen Provider bereitgestellt.

Im dritten Schritt können sich die Kommunen über den erweiterten E-Government-Pakt beteiligen, sodass das Ziel, freies WLAN in konzentrischen Kreisen in ländlichen Räumen zu etablieren, bis 2020 erreichbar ist. Das ist anspruchsvoll, aber machbar. Wir sind in Deutschland die einzigen, die ein solches Konzept verfolgen. Das macht kein anderer.

(Beifall bei der CSU)

Regionale Innovation: Bildung vor Ort schafft Attraktivität für junge Menschen und Arbeitsplätze. Fachhochschulen und Technologietransferzentren sind wichtige Infrastruktureinrichtungen für den ländlichen Raum. Der Ausbau einer dezentralen Wissenschaftspolitik bietet neue Chancen. Auf Initiative unseres Ministerpräsidenten haben Ilse Aigner, Ludwig Spaenle und ich in Teamarbeit mit anderen die Nordbayern-Initiative gestartet. 56 Projekte mit einem Volumen von knapp 600 Millionen Euro sollen bis 2018 in Nordbayern umgesetzt werden. Das ist ein riesiges Infrastrukturprogramm für den gesamten Raum.

Aber auch in Südbayern gibt es regionale Offensiven, und zwar in ähnlicher Größenordnung. Es finden sich 44 Projekte im Haushalt mit einem Volumen von rund 650 Millionen Euro, die bis 2018 angesetzt sind. Darin sind allein 200 Millionen Euro für München enthalten, unter anderem für das Gründerzentrum "Internet und Digitale Medien". Die Stammstrecke als mögliche Investition ist gar nicht mitgezählt.

Meine Damen und Herren, wir entwickeln den Norden, wir entwickeln den Süden, wir entwickeln ganz Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Neben sicheren Arbeitsplätzen und gut ausgestatteten Hochschulen ist auch die Behördenverlagerung ein wichtiges Mittel der Strukturpolitik in Bayern. Die Landeshauptstadt als Behördenstandort wächst dabei auf jeden Fall. Durch die Bevölkerungsentwicklung wird natürlich die Zahl der Beamten wachsen, die zur Versorgung und Begleitung der Bevölkerung notwendig sind. Vor allem gilt das für Lehrer und Polizisten. Das heißt aber nicht, dass jede Behörde in der Landeshauptstadt angesiedelt sein muss. Wir wissen, dass die Verlagerung einer Behörde ein sensibler Prozess ist, der aber im Endeffekt notwendig sein kann. Zwangsversetzungen aus dem Großraum München wird es nicht geben. Das Konzept, das wir derzeit erarbeiten, wird mit allen Ministerien besprochen und mit den Personalvertretungen intensiv diskutiert werden. Im ersten Quartal wollen wir ein gemeinsam abgestimmtes Konzept vorlegen.

Unser Zeitplan sieht vor, bis 2025 1.500 Arbeitsplätze zu verlagern. Dazu braucht es einen Mix aus drei Varianten: Einzelbehörden, Behördenzentren und Aufstockung vorhandener Behördenstandorte.

Als Zielorte kommen vor allem strukturschwache Gebiete in Betracht, die noch keine oder wenige Hochschuleinrichtungen haben; denn dort hilft eine Behörde enorm.

Prioritäre Regionen sind dabei Hochfranken – Kronach wird gerade durch die Finanzakademie unterstützt –, die nördliche Oberpfalz, die Rhön/Main-Spessart und die Haßberge, West-Mittelfranken, vor allem Weißenburg-Gunzenhausen, der Bayerische Wald, Konversionsstädte wie Kaufbeuren, Amberg oder Kitzingen, aber auch in Oberbayern Landkreise wie zum Beispiel Mühldorf am Inn, Garmisch-Partenkirchen oder das Berchtesgadener Land. Diese Regionen, meine Damen und Herren, stehen im Fokus, wenn es um Behördenverlagerungen geht.

Zusätzlich schaffen wir neue Förderstützpunkte unserer großen bayerischen Förderbanken. Die LfA Förderbank Bayern, ein zentrales, wichtiges Instrument zur Unterstützung der ortsansässigen Wirtschaft, soll künftig auch in Hof präsent sein, die LaBo, Bayerische Landesbodenkreditanstalt, im Bayerischen Wald. Wir wollen strukturschwachen Räumen und strukturschwachen Gemeinden mit Behördenstandorten, aber auch mit Bankenstandorten eine neue Dynamik verleihen. Meine Damen und Herren, das ist ein gutes Signal.

(Beifall bei der CSU)

Schließlich geht es auch um weiche Faktoren wie Image und Marketing. Das Heimatministerium baut zum 1. Januar 2015 das Regionalmanagement massiv aus. Bislang hat der Freistaat 1,5 Millionen Euro pro Jahr für das Netzwerk Regionalmanagement zur Verfügung gestellt. Diese Summe wird im Doppelhaushalt kraftvoll auf 7 Millionen Euro angehoben. Damit kann Regionalmanagement, Regionalmarketing überall verbessert werden, und damit kann die Attraktivität ländlicher Räume aus eigener Kraft gestärkt werden.

Das Netzwerk der Regionalmanager wird durch die neue Servicestelle "Bayern Regional" am Heimatministerium Nürnberg koordiniert und unterstützt.

Zudem soll dort mit allen Ministerien zusammen das digitale "Förderprogramm auf einen Klick" erstellt werden. Das bedeutet: ein Fördernavigationssystem, bei dem alle bayerischen Förderprogramme digitalisiert und so synchronisiert werden, dass Kommunen und Wirtschaft das für sie passende Förderkonzept auf einen Blick und einen Klick abrufen können. Sie müssen also nicht von Pontius zu Pilatus laufen, sondern finden auf einen Blick das für die jeweilige Kommune richtige Förderprogramm. Das brauchen wir dringend.

(Beifall bei der CSU)

Letztlich soll ein neuer Heimatpreis als Zukunftspreis gestaltet werden, um Identifikation zu erreichen, vor allem bei jungen Menschen. Ideen, Initiativen und Projekte von Kindern und Jugendlichen sollen prämiert werden. Außerdem starten wir eine Kampagne "Bayern Heimat 2020", um die Standortvorteile des ländlichen Raums besser herauszustellen.

Das sind insgesamt, wenn man alles zusammennimmt, 25 Maßnahmen. Ich gebe zu, das ist viel. Aber ich finde, es geht auch um viel, nämlich um unsere Heimat Bayern. Manche dieser Maßnahmen ist schneller umsetzbar, leichter machbar, manche wird dauern und ihren Erfolg erst auf lange Sicht zeigen.

Meine Damen und Herren, für Landesentwicklung braucht man einen langen Atem. Aber wir haben ein durchdachtes Konzept. Wir haben ein ernsthaftes Programm, und wir haben ein Gemeinschaftswerk. Wir wollen ländliche Räume tatsächlich nicht alimentieren, sondern aktivieren. Wir wollen keine Resignation, sondern Innovation, und wir brauchen nicht nur Nörgler und Mahner, sondern wir brauchen endlich auch Macher für den ländlichen Raum, damit etwas passiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jetzt brauchen Sie endlich Macher?)

Bayern steht vor einer neuen Entwicklungsstufe. Das ist angesichts der demografischen Entwicklung unbestritten. Franz Josef Strauß hat unseren Freistaat von einem Agrarland zu einem industriellen Standort entwickelt. Edmund Stoiber hat Bayern zu einem Hightech-Land gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Hören Sie zu! Es geht auch um Ihre Zukunft und um die Ihrer Kinder. Wenn dieses Hohe Haus von den Menschen draußen ernst genommen werden soll, dann ist es wichtig, über Inhalte zu diskutieren, meine Damen und Herren, und sich nicht in Ge-

schäftsordnungen und kleinen Hakeleien zu verlieren. Der Inhalt zählt für die Menschen. Da müssen Sie liefern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir müssen liefern?)

Wir werden mit Ihnen oder ohne Sie, auf jeden Fall aber mit den Kommunen, das Zeitalter der Digitalisierung und Globalisierung, die Herausforderung der Demografie angehen, um unsere bayerische Heimat im Kern zu bewahren, kulturelle Stabilität zu erhalten, aber auch um neue Chancen zu eröffnen und weiterhin das Land der unbegrenzten Möglichkeiten in Deutschland zu bleiben. Das wird ein spannender Weg, meine Damen und Herren. Die Bayern sind aber gut darauf vorbereitet. Das Abenteuer geht weiter. Machen wir alle mit, meine Damen und Herren! Bayern braucht eine neue Strategie. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache. Wenn ich auf die Uhr schaue, darf ich sagen – ich runde nicht ab, sondern auf –: 34 Minuten pro Fraktion. Ich bitte Sie, sich daran zu halten. Als Erster darf ich Frau Kollegin Karl von der SPD-Fraktion das Wort erteilen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Söder, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich frage mich allerdings, warum haben Sie heute geredet, warum haben Sie so lange geredet, wo Sie uns doch inhaltlich so wenig mitzuteilen haben?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Da hilft auch kein Trachtenjanker, wenn die Inhalte fehlen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gegenüber "dpa" Ihr Programm als das umfassendste Heimatprogramm – whatever – angekündigt. Das ist natürlich einfach einzuhalten; denn in 55 Jahren hat es die CSU-Staatsregierung bis jetzt nicht einmal geschafft, sich mit der Heimat zu beschäftigen und so etwas wie ein Konzept vorzulegen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Von daher kann man diese Ansammlung heißer Luft natürlich als umfassendes Programm bezeichnen. - Positiv an Ihren Ausführungen ist, dass Sie in Ihrer Analyse die Realität in Bayern zur Kenntnis nehmen, die unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten. Für diese Analyse sind wir in den letzten Jahren immer als Schlechtredner beschimpft worden. Das lässt hoffen, dass wir in der Entwicklung jetzt gemeinsam weiterkommen.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Sie sind durch die Verfassungsänderung jetzt unter Zugzwang gesetzt, durch den Verfassungsauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen. Das wird natürlich Auswirkungen auf die Politik haben müssen. Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen herzustellen bedeutet eine aktive Ausgleichspolitik. Es bedeutet das Ende der Fokussierung auf einzelne Leuchttürme und das Ende des CSU-Zentrismus Montgelasscher Prägung.

(Beifall bei der SPD)

Es bedeutet, Dezentralität, Subsidiarität und Konnexität endlich ernst zunehmen und in die Tat umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bedeutet nicht nur die Kommunalisierung von Ärger, die Kommunalisierung von Standortwettkämpfen, sondern die Kommunalisierung der Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft. 79 % aller Bayern leben sehr

gerne in ihrer Heimat. Heimat bedeutet klare Strukturen, Kleinteiligkeit, überschaubare Einheiten und ein Wohlfühlen im sozialen Gefüge. Dabei sind die Vorstellungen von Heimat so unterschiedlich wie die Regionen in Bayern. Aufgabe der Politik ist es dabei, den Menschen die Möglichkeit zu geben, in ihrer angestammten Heimat zu bleiben und damit die Auswirkungen der demografischen Veränderungen in Bayern abzumildern.

Herr Minister, Sie haben jetzt ein Konzept vorgelegt, das nach Ihren Ausführungen ein Prozess, ein ernsthaftes Programm und ein Abenteuer ist. Vielleicht entscheiden Sie sich einmal, was Sie heute vorgelegt haben.

(Zuruf von der CSU: Alles!)

Tatsache bleibt: Sie haben Ihr Amt mit dem Bruch eines Wahlversprechens angetreten. Versprochen wurde uns ein Heimatministerium zur Koordinierung und Verzahnung der verschiedenen politischen Maßnahmen, die es braucht, um die ländlichen Regionen und die Heimat weiterzuentwickeln. Was ist von diesem Versprechen geblieben? Geblieben ist eine Abteilung für Heimat des Finanzministeriums, die aufgrund ihrer Struktur überhaupt nicht die Möglichkeiten hat, zu koordinieren und zu strukturieren. Deshalb beschäftigt sich der ach so tolle Heimatplan auch nur mit Maßnahmen des Finanzministeriums. Auf etwas anderes haben Sie überhaupt keinen Einfluss. Zu alledem haben Sie diese Abteilung auch noch in der zweitgrößten Metropole Bayerns angesiedelt. Es wäre glaubwürdiger gewesen, wenn Sie in ein leer stehendes Schulgebäude in Oberfranken oder in der Oberpfalz gezogen wären, wo es kaum Internet und keinen Bahnhof mehr gibt; dann wären Sie nicht nur nahe beim Menschen, sondern auch nah an den Herausforderungen gewesen.

(Beifall bei der SPD)

In der Abteilung für Heimat in Nürnberg haben gerade einmal drei von 53 Referaten des Finanzministeriums ihren Dienstsitz. Aus dem Bereich Heimat und Landesentwicklung ist es gerade einmal ein Referat. Aus dieser Miniabteilung in Nürnberg verbal

ein Ministerium zu machen, hat wirklich schon Orwellsche Qualitäten. Herr Minister, auch wenn Sie eine Kuh Pferd nennen, fängt sie trotzdem noch nicht an zu wiehern.

(Beifall bei der SPD)

Die Anfrage meiner Kollegin Helga Schmitt-Bussinger zur Tätigkeit der Abteilung für Heimat ist daher hoch motiviert. Ich hoffe, dass wir darauf eine substantielle Antwort bekommen.

Sie sagen, Landesentwicklung sei keine One-Man-Show. Darin stimme ich Ihnen zu. Leider haben Sie uns keinen einzigen Satz dazu gesagt, wie Sie jenseits des Finanzministeriums eine Gemeinschaftsaufgabe daraus machen wollen.

Herr Staatssekretär Füracker, Herr Minister, Sie haben beide in Interviews und auch heute noch einmal betont, es gebe keine Zwangsversetzungen von Beamten aus dem Großraum München, nicht für die Abteilung Heimat und auch nicht für andere Behördenverlagerungen. Das freut mich für die Beamten in München ausdrücklich. Was sage ich aber den Tausenden Lehrern und Polizisten aus Nordbayern, die seit Jahren und Jahrzehnten in den Metropolen Bayerns an den Schulen, an den Flughäfen oder an den Bahnhöfen Dienst tun? Sage ich denen, dass es jetzt Beamte erster und zweiter Klasse gibt? Die einen kommen aus München und können ihren Dienstsitz selber wählen, die anderen kommen aus Nordbayern und können das nicht. Das ist absolut großstädtische Arroganz.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich schon bei den Behördenverlagerungen bin, sage ich: Sie kündigen großspurig an, 1.500 Arbeitsplätze bis 2025 zu verlagern. Das sind 125 pro Jahr, wenn Sie demnächst einmal anfangen. Für diese überschaubare Zahl veranstalten Sie einen Riesen-Zinnober, ziehen die Auswahl über Monate und Monate hin, bis dann vielleicht irgendwann einmal etwas kommt. Da gibt es einen einfacheren Vorschlag: Geben Sie uns unsere kleinen Einheiten mit dem dazugehörigen Personal wieder. Geben Sie uns

die Außenstellen der Gerichte wieder, die Sie geschlossen haben. Geben Sie uns die geschlossenen Schulen wieder. Geben Sie uns die zusammengelegten Ämter, die geschlossenen Polizeidienststellen, die dichtgemachten Krankenhäuser und so weiter wieder zurück! Das würde unser Lebensgefühl ungemein stärken.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Richtig! Das wären einmal konkrete Maßnahmen!)

Dann hätten auch unsere Beamten aus Nordbayern die freie Wahl ihres Einsatzortes. Es wäre die beste Strukturmaßnahme für unsere Region. Sie bräuchten sich nicht zu überlegen, wie Sie die Dienststellen armer Münchner Beamter verlagern.

Ich komme zum kommunalen Finanzausgleich. Die Summe, die an die Kommunen geht, ist so hoch wie nie. Das ist aber kein Grund für übertriebenes Selbstlob; denn mit dem Finanzausgleich werden die massiv erhöhten Steuereinnahmen einfach gesetzsgerecht verteilt. Wir brauchen mehr freie Finanzspannen für die Kommunen. Die Stabilisierungshilfen sind eine Nothilfe und deswegen auch nicht schlechtzureden. Sie sind aber kein Mittel zur nachhaltigen Entwicklung der Kommunen und kein Mittel gegen die Abwärtsspirale in den Kommunen, die finanziell um ihr Überleben kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Um diese Mittel zu bekommen, ist es nämlich nötig, sämtliche freiwilligen Leistungen zu streichen. Lassen Sie mich am Beispiel der Stadt Weiden kurz erläutern, was das bedeutet. Es bedeutet die höchsten Bibliotheksgebühren in ganz Bayern, es bedeutet, dass man wahrscheinlich das Keramikmuseum nicht halten kann, es bedeutet wahrscheinlich die höchsten Parkgebühren in Bayern und, und, und. Hier wird die Lebensqualität massiv eingeschränkt. Es wird der Eindruck erweckt, hier würden die Strukturen abgewickelt. Geben Sie den Kommunen endlich 15 % aus der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich! Das sind freie Mittel, die können Sie in die Zukunft investieren. Schaffen Sie endlich einen Entschuldungsfonds für Kommunen. Jede populäre Bank in Bayern und in Deutschland hat mittlerweile einen Rettungsfonds, einen

Rettungsschirm oder was auch immer. Die Kommunen, die für die Daseinsvorsorge für die Menschen zuständig sind, haben so etwas nicht.

(Beifall bei der SPD)

Hilfreich wäre es auch, wenn Sie auf die Kommunen nicht ständig neue Belastungen unter Umgehung des Konnexitätsprinzips abwälzen würden. Richten Sie endlich wie die anderen Bundesländer Regionalbudgets ein! Das fördert die interkommunale Zusammenarbeit und den Bürokratieabbau, den Sie so gerne ansprechen.

Sie bezeichnen sich als Motor und Anwalt der Landesentwicklung. Das finde ich schon mutig, wenn man bedenkt, was Ministerpräsident Seehofer zum Thema Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm eingefallen ist: nämlich nicht mehr als ein weißes Blatt Papier. Ich spreche Ihnen die Lernfähigkeit nicht ab. Es gibt in der Landesentwicklung genügend Herausforderungen, die wir anpacken müssen. Zunächst einmal sind es die zentralen Orte. Die Anpassung an die kommunale Realität bedeutet nicht, dass man einfach ein paar zentrale Orte wegstreicht. Das Problem ist, dass mittlerweile 41 % aller Gemeinden in Bayern eine zentrale Örtlichkeit sind. Damit ist dieses System ad absurdum geführt. Sie müssen endlich in eine Aufgabendiskussion einsteigen. Welche Aufgaben solchen welche zentralen Orte zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den verschiedenen Regionen übernehmen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Was bedeutet das für die finanzielle Ausstattung der Kommunen, damit sie diese Daseinsvorsorgeeinrichtungen halten können? An dieser Stelle müssen wir Lösungen finden. Das ist mit ein paar Streichungen nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, die wichtigste Landesentwicklungsmaßnahme wäre die Beendigung des systemimmanenten Zwangs zur Schaffung immer größerer Einheiten. Kehren Sie zu einer Lehrerstundenzuweisung pro Klasse und nicht pro Schüler zurück.

(Beifall bei der SPD)

Damit könnten wir endlich das Problem abschaffen, dass wir in der Nordoberpfalz zwar immer weniger Schüler haben, aber die größten Kombiklassen in ganz Bayern, um immer mehr Lehrer nach Oberbayern zu schieben.

Erstatten Sie Schülerbeförderungskosten nicht nach der Anzahl der Schüler, sondern nach den tatsächlich anfallenden Kosten. Die Kommunen haben das Problem, dass aufgrund von Schulschließungen immer mehr Schüler über immer weitere Strecken zur nächsten Schule gekarrt werden müssen. Dafür werden immer weniger Zuschüsse zur Verfügung gestellt, weil die Anzahl der Schüler zurückgeht. Das sprengt jeden Rahmen. Machen Sie es an dieser Stelle richtig, nehmen Sie Konnexität ernst, geben Sie den Kommunen, was sie brauchen!

(Beifall bei der SPD)

Die Erweiterung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf mit der Differenzierung, die dadurch zum Ausdruck kommt, ist sehr positiv. Wir werden sehen, ob diese Differenzierung ausreicht oder ob da noch nachgebessert werden muss. Ich merke jedoch an, dass diese Erweiterung auch im Rahmen der letzten Fortschreibung des LEP längst hätte passieren können. Das ist von uns angemahnt worden. Leider haben wir wieder zwei Jahre verschenkt.

Jetzt komme ich zu einem extrem ärgerlichen Punkt, nämlich zum Thema Anbindegebot. Herr Minister, ärgerlich ist vor allem die "Schnoderigkeit" Ihrer Argumentation.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, Sie wollen keinen Wettbewerb um Schuhmärkte und Einkaufsmärkte. Das ist richtig. Ich sage Ihnen: Wir wollen aber auch keinen Wettbewerb um das schönste Gewerbegebiet. Wir wollen nicht alle Autobahnausfahrten und vierspurigen Straßen mit einem versiegelten Boden und leerstehenden Gewerbegebieten zukleistern. Das wollen wir nicht!

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen endlich eine vernünftige Ansiedlungspolitik und eine vernünftige regionale Wirtschaftsförderung; denn eine Firma kommt nicht deshalb, weil sie drei Gewerbegebiete im Nirwana zur Auswahl hat, sondern sie kommt dann, wenn andere Rahmenbedingungen wie die Förderbedingungen, die Infrastruktur und der Breitbandanschluss stimmen. Kümmern Sie sich lieber darum, als mit einer Liberalisierung des Anbindegebots niemandem zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon bemerkenswert, dass man im Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 Ihrer Kollegin Aigner 32 Millionen Euro nonchalant für die regionale Wirtschaftsförderung gestrichen hat. An diesem Punkt müsste man sagen: Machen wir endlich eine verzahnte Politik für die Regionen. Reden Sie mit Ihrer Kollegin. Es nützt nichts, das Anbindegebot zu lockern, aber die Förderung für die Unternehmen, die dort hinwollen, massiv zu reduzieren.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Beklagen von Endlosschleifen bei Anhörungen zeugt von einer besonderen Art von Humor; denn es war Ihre Fraktion, die in der letzten Legislaturperiode durch interne Uneinigkeit zu vielen Bereichen des Landesentwicklungsprogramms für immer neue Verzögerungen gesorgt hat. Bitte fassen Sie sich erst einmal an Ihre eigene Fraktionsnase, bevor Sie eine Beschleunigung ankündigen. Ich hoffe, dass Sie die Anhörung als Bestandteil der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und nicht Zustände wie kürzlich bei der 10-H-Regelung anstreben. In diesem Zusammenhang haben Sie gesagt: Wir machen die Anhörung, wenn das Gesetz beschlossen ist. Ich kündige vorsorglich schon einmal massiven Widerstand an.

(Beifall bei der SPD)

Erfreulich ist, dass die Staatsregierung Tschechien endlich als Nachbarn wahrnimmt. Für Stoiber war Tschechien augenscheinlich weiter weg als Usbekistan. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bietet riesige Chancen. Es gilt, sie mit Leben und Handeln zu erfüllen. Es kann nicht sein, dass nur eine neue Fördergebietskulisse geschaffen wird. Ein erster Ansatz wären die bessere Unterstützung und der Ausbau des Tschechischunterrichts in den Grenzregionen. Darüber können Sie mit Ihrem Kollegen Spaenle reden.

Breitband ist ein ganz wichtiges Thema für die Entwicklung. Es ist höchste Zeit geworden, massiv zu agieren, nachdem Ihr Vorgänger das Thema total verpennt hat. Ihr Vorgänger hat immerhin die Notwendigkeit staatlichen Handels eingesehen und mit seinem ersten Förderprogramm einen Datenfeldweg in Bayern gelegt. Allerdings hat er mit seinem zweiten, völlig überbürokratisierten Programm auf der Stelle getreten. Wir haben damals eine massive Vereinfachung des Programms, mehr Geld im Topf und einen Berater pro Landkreis gefordert. Das wurde permanent mit dem Hinweis abgelehnt, dass dies die EU nicht genehmigen würde, das ginge nicht. Ich muss Sie wirklich dafür loben, dass Sie mit dieser Farce der Ablehnung aufgehört haben. Das ist schön. Sie haben unsere Vorschläge endlich umgesetzt. Siehe da, die EU macht auch keine Probleme mehr. Das heißt, dass wir nach einem langen Dornröschenschlaf ein Programm haben, das für die ländlichen Regionen wirklich einen Durchbruch bedeutet. Man könnte das Programm höchstens noch in einigen Details verbessern. Wir befinden uns dazu im Austausch.

Wichtig ist allerdings, dass auch der Bund endlich seine Verantwortung wahrnimmt. Es kann nicht sein, dass dort immer nur neue Benchmarks gesetzt werden. Der Bund muss endlich Geld in die Hand nehmen und die Länder und Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Dafür ist der Bund zuständig. Der Koalitionsvertrag ist in diesem Bereich extrem enttäuschend. In Berlin werden wir gemeinsam daran weiterarbeiten.

Die Idee der regionalen IT-Zentren ist gut. Der Name ist auch nett. Ein Anfang wäre es allerdings gewesen, wenn Sie das Zentrum für Digitalisierung nicht wieder reflexartig nach München verlagert hätten. An dieser Stelle sieht man wieder, dass es keinerlei Abstimmung der Politikfelder für den ländlichen Raum gibt. Jeder Minister macht das, was ihm gerade einfällt und was er will. Mit einem vernünftigen Heimatministerium wäre mehr Koordinierung und mehr Substanz möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Das gleiche Problem zeigt sich beim Ausbau des freien WLAN. Herr Minister Söder, es ist wirklich schön, dass Sie das WLAN-Netz von den Ludwigschlössern aus konzentrisch über Bayern ausbreiten wollen. Es ist schön, dass Sie den Touristen damit die Möglichkeit geben, in allen Schlössern, Burgen und auf jedem See ins WLAN zu gehen. Wichtig wäre es jedoch, sich zu überlegen, wie die Bürgerinnen und Bürger in ihren Kommunen in ein freies WLAN-Netz kommen. Legen Sie endlich ein Konzept vor, alle Marktplätze und Innenstädte mit freiem WLAN zu versorgen. Das ist in anderen Ländern wie Südkorea überhaupt kein Thema mehr. Das ist längst rum um die Kurve. Werden Sie an dieser Stelle aktiv, und tun Sie etwas!

(Beifall bei der SPD)

Noch einige Sätze zum Nordbayern-Plan: Die Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind gut und richtig, selbst wenn die meisten dieser Investitionen schon dreimal abgefeiert oder in Haushalten verankert sind. Leider ist Ihnen Ostbayern im Nordbayern-Plan komplett durchgerutscht. In der Regierungserklärung haben Sie sich ebenfalls nur auf Nord- und Südbayern bezogen. Ich finde es schade, dass Ministerpräsident Seehofer Nordbayern seine immerwährende Sympathie versichert, für Ostbayern die Sympathie aber nur minutenweise tröpfelt. Das größte Problem mit dem Nordbayern-Plan ist jedoch, dass in ihm ein Konzept und eine Vorstellung fehlt, in welche Richtung welche Region entwickelt werden soll. Welche Stärken sollen in den einzelnen Regionen gestützt werden? Sie haben einfach nur jede Schublade aufge-

macht, in der ein Plan lag. Die Regionen, die gerade nichts in der Schublade hatten, sind eben durchgerutscht. Diese Regionen haben Pech gehabt. Das ist das Gegenteil von strategischer Planung, die die CSU-Staatsregierung in den vergangenen Jahrzehnten so stark gemacht hat. Ich erinnere an dieser Stelle nur an Minister Wiesheu. Bayern hätte sich mit diesem Sammelsurium an Maßnahmen so nicht entwickeln können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, wenn ich Ihre Ausführungen insgesamt bewerte, stelle ich fest, dass Sie sich zwar selber viel gelobt und viel versprochen haben; aber Sie haben kein umfassendes Konzept vorgestellt, sondern lediglich eine Maßnahmensammlung aus Ihrem Zuständigkeitsbereich. Weiter reicht Ihr Einfluss augenscheinlich nicht. Was daran umfassend sein soll, erschließt sich mir nicht.

Ich fasse unsere Forderungen zusammen: Wir brauchen mehr freie Finanzmittel für die Kommunen statt Almosen; wir brauchen Freiheit zum Gestalten statt Freiheit zum Strukturabbau; wir brauchen klare Konzepte statt eines Maßnahmensammelsuriums. Sehen wir einmal genauer hin; werfen wir einen Blick auf Familien zum Beispiel in Ödpielmannsberg in der Oberpfalz oder in Weitramsdorf in Oberfranken oder in Fischergrün in Niederbayern! Können wir Politiker ihnen zusichern, dass sie auch 2020 oder 2030 noch mit ihren Eltern, mit ihren Kindern, mit ihren Enkeln, mit einer auskömmlichen Arbeit, mit einer guten sozialen Infrastruktur und einer guten Gesundheitsversorgung in ihrem Heimatort leben können? Dies sicherzustellen, ist unsere Aufgabe, wenn wir Heimat ernst meinen. Daran müssen wir weiterarbeiten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Holetschek das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Karl, leider setzt die Opposition dort an, wo sie aufgehört hat: Wenn sie keine Inhalte hat, dann wird viel heiße Luft produziert, dann werden die Dinge schlechtgeredet, zerredet, und Sie haben nichts entgegenzusetzen. Das muss ich Ihnen an dieser Stelle klipp und klar sagen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir kommen ja erst noch!)

- Die Superopposition kommt später, das ist auch in Ordnung. Aber ich setze mich jetzt mit dem auseinander, was ich gehört habe. – Ich will Ihnen zwei, drei Sätze zu den Ausführungen sagen, bei denen ich meine, dass Sie ganz klar danebenliegen.

Sie sagen: Wir brauchen mehr Finanzmittel. – Der Finanzausgleich liegt inzwischen auf einem Rekordniveau. Ich glaube, die Kommunen wissen sehr wohl zu schätzen, welche Bemühungen dazu führen, dass wir die Chance haben zu wirtschaften. Das sage ich als ehemaliger Bürgermeister.

Wir brauchen Freiheit, um zu gestalten. Das Anbindungsgebot soll gelockert werden, Frau Kollegin. Gerade da soll auch für die Kommunen neue Freiheit und die Chance entstehen zu wirtschaften, um Einnahmen zu erzielen, meine Damen und Herren. Ja wo leben Sie denn? – Eine Kommune finanziert sich ja nicht nur aus staatlichen Subventionen und Zuschüssen, sondern sie muss auch die Chance haben, wirtschaftlich zu arbeiten und Einnahmen zu erzielen. Das schaffen wir, indem wir Bürokratie zurückdrängen und die Chancen vor Ort erneuern. Die Gewerbegebiete tragen dazu bei, dass dort wieder Gewerbesteuererinnahmen entstehen und die Kommunen letztlich ihrer Fürsorge für die Bürgerinnen und Bürger besser nachkommen können. Eine solche Politik ist vorausschauend, zukunftsweisend und bietet einen Gestaltungsrahmen.

(Beifall bei der CSU)

Machen Sie sich keine Sorgen, meine Damen und Herren: Das, was in unserem "Bayernplan" steht, setzen wir um. Was Sie heute gesagt haben, knüpft nahtlos an das an, was Sie schon bei der Einrichtung des Heimatministeriums zum Besten gegeben haben. Sie haben dem Konzept einen negativen Touch gegeben: Bei Heimat war die Rede von Heimatmuseum. Ich erinnere mich an viele Aussagen, die das Thema sehr negativ besetzt haben.

Heute haben Sie gesehen, dass hinter dem Heimatministerium eine Strategie steckt, dass es Ideen gibt, wie wir unseren ländlichen Raum stärken können, und dass es ein Maßnahmenpaket gibt, um tatsächlich die Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Das wollten die Menschen auch im September 2013, als sie im Volksentscheid über die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land, als Verfassungsziel abgestimmt haben. Im Moment sind wir mit diesem Thema hier angekommen. Bei den einzelnen Maßnahmen geht es eben darum, Lebensbedingungen zu verbessern. Wir nehmen das Thema Heimat sehr ernst. Heimat ist nicht nur ortsbezogen, sondern Heimat ist auch gefühlsbetont; Heimat ist dort, wo die Menschen leben, wo die Familie lebt. Wir wollen mit unserer Politik Lebensbedingungen und Umstände schaffen, die das ermöglichen.

Die Regierungserklärung des Ministers hat ganz deutlich gezeigt, wo die Zukunft Bayerns ist, nämlich im ländlichen Raum und nicht nur in den Metropolen. Dass wir das Heimatministerium damals auf den Weg gebracht haben, ist Ausdruck einer klaren Philosophie: Der ländliche Raum ist für uns die Heimat. – Die Säulen, die der Minister gerade dargestellt hat, sind wichtige und zentrale Säulen, um dieser Heimatstrategie Leben zu geben und die Lebensverhältnisse zu verbessern. Ich darf noch einmal den kommunalen Finanzausgleich und die damit verbundenen Stabilisierungshilfen ansprechen; ich darf die Strukturentwicklung in ganz Bayern und den Raum mit dem besonderen Handlungsbedarf ansprechen. Wir helfen Kommunen, die Konversionsprobleme haben. Wir verbessern auch das Zentrale-Orte-System und passen es an.

Diese sehr wichtigen Aspekte gilt es nicht kleinzureden; denn wir schaffen hier wichtige Zukunftsperspektiven.

(Beifall bei der CSU)

Das Anbindegebot gilt auch für touristische Einrichtungen und für anderes; das muss ich nochmals betonen. Wir tun gut daran, wenn wir Chancen eröffnen, dass investiert werden und die Wirtschaft sich niederlassen kann. Hier geht es auch darum, interkommunale Gewerbegebiete an Autobahnen zu ermöglichen. Das hat Zukunft, das ist ein wichtiger und zentraler Punkt.

Das Regionalmanagement wurde verbessert. Auch das ist für mich ein sehr wichtiges Thema. Ich komme aus dem Allgäu und weiß, wie wichtig dort diese Prozesse sind. Wir sind sehr dankbar dafür, dass im Doppelhaushalt erheblich mehr Mittel eingestellt wurden, die diese Verbesserung ermöglichen.

Gut ist auch, dass wir die Regionalverbände mehr einbinden und die Verfahren vereinfachen. Jeder von uns will Beteiligung. Beteiligung ist wichtig; wir müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Nicht zuletzt spricht unser Ministerpräsident von der Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land. Diese Koalition wollen wir nach wie vor, aber wir wollen keine Endlosverfahren. Das wollen auch die Menschen nicht. Die Menschen wollen diskutieren, sie wollen eine Abwägung und dann auch Entscheidungen, sodass die Vorhaben verwirklicht werden. Uns unterscheidet von Ihnen, dass wir nicht nur reden, sondern auch handeln und tun, was wir sagen.

(Beifall bei der CSU)

Der Breitbandausbau ist eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen. Das betone ich hier ganz deutlich. Frau Kollegin Karl, Sie haben sich fast schwergetan, es nicht zu loben.

(Widerspruch der Abgeordneten Annette Karl (SPD))

- Ja, Sie haben es ein bisschen gelobt. Für Ihre Verhältnisse haben Sie es gelobt, das stimmt. – Ich glaube, dass wir hier wirklich einen Quantensprung erreicht haben. Ich glaube auch, dass die Menschen auf dem Land das sehr zu schätzen wissen. Rund 1.400 Kommunen sind jetzt im Verfahren. Es ist unbürokratischer geworden, es ist einfacher geworden. Für die Zukunft und die Perspektive ist das sehr wichtig.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Es war ja auch höchste Zeit!)

- Ich weiß nicht, ob Sie es richtig verstanden haben: Es geht darum, freies WLAN im ländlichen Raum zu schaffen, ausgehend von unseren Behörden und unseren staatlichen Immobilien und Einrichtungen, dieses WLAN in Kreisen weiterzuentwickeln und mit der Ausschreibung des Bayernnetzes letztendlich für den ländlichen Raum insgesamt freies WLAN zu schaffen. Das ist ein ganz wichtiger und zentraler Schritt.

(Beifall bei der CSU)

Die Nordbayern-Initiative ist angesprochen worden. In ganz verschiedene Maßnahmen in diesem Raum fließen 600 Millionen Euro. Auch die Regionalisierung der Wissenschaftsstandorte und der neue Wettbewerb, wenn es um Hochschulen geht, sind wichtige und zentrale Initiativen für den ländlichen Raum.

Die Behördenverlagerung muss mit viel Fingerspitzengefühl vor sich gehen. Wichtig ist, dass wir niemanden zwingen und niemand zwangsversetzt wird. Aber sie bedeutet auch einen Schritt gegen Globalisierung und Zentralisierung und eine Stärkung des ländlichen Raums.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Heimat und unser Bayernland sind Ausdruck von Zusammenhalt und Bekenntnis zu einem gemeinsamen kulturellen Begriff, zu einer gemeinsamen kulturellen Identität. Diese heimatliche Verwurzelung, gepaart mit einer weltoffenen Ausgestaltung, macht unser Bayern aus. Wir haben mit dem Heimatministerium und der Heimatstrategie – und ich sage auch: mit diesem Minister – die Garantie dafür, dass wir die Zukunft positiv entwickeln, dass die

Vorhaben schnell und effizient umgesetzt werden und wir für die Menschen das schaffen, wozu wir verpflichtet sind: gute, positive Lebensbedingungen im ländlichen Raum. Das wollen wir, dafür steht die CSU, dafür steht das Heimatministerium.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt Herr Kollege Muthmann das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Söder-Show erwartet und eine Hochglanz-Söder-Show bekommen: der Schaffer des Portals der Portale, Söder als Herr der Netze. Das Fazit ist zum Abschluss dann auch angedeutet: Franz Josef Strauß hat den Freistaat vom Agrarland zum Industriestandort gemacht, Edmund Stoiber hat den Freistaat zum Hightech-Land gemacht, und Markus Söder führt Bayern in eine digitale Zukunft.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vier haben geklatscht!)

Digitalisierung ist wichtig, keine Frage. Ich komme darauf noch zurück. An vielen Stellen ist die Digitalisierung aber eben doch nicht der allein seligmachende Problemlöser. Zu vielen anderen wichtigen Themen, die die Menschen interessieren, auf die die Menschen bei einer Regierungserklärung "Heimat Bayern 2020" gewartet haben, sind wichtige Fragen offengeblieben. Man kann nicht das Thema "Heimat Bayern 2020" aufmachen und dann nicht erklären, wohin man eigentlich will.

Der Grundmangel dieser Regierungserklärung ist nach meiner Einschätzung, dass Sie Ihr Ziel letztlich nicht definieren und präzisieren. Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben uns gesagt, dass es um gleichwertige Lebensbedingungen geht, und haben negativ abgegrenzt – das ist klar, das ist auch zigfach gepredigt –, dass es nicht um

Gleichartigkeit geht. Das ist richtig. Bis heute fehlt aber ein klares Bekenntnis dazu, was denn Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen eigentlich heißt.

Sie haben uns dann einen Strauß von Maßnahmen präsentiert; angeblich sind es 25. Zuletzt haben Sie aber noch nicht einmal die Behauptung aufstellen wollen, dass wir nach Umsetzung dieser Maßnahmen das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen erreichen. Es ist noch nicht einmal klar geworden, ob wir uns diesem Ziel dadurch wirklich annähern.

Zunächst einmal ist zu klären, was gleichwertige Lebensbedingungen sind. Ich will Ihnen zumindest ein Angebot dazu machen, wie wir uns diesem Thema durch eine positive Definition angemessen annähern können. Es geht um Chancengleichheit für alle Menschen in ganz Bayern. Dazu mag Digitalisierung, dazu mag auch freies WLAN gehören. Zunächst einmal interessieren die Menschen in ganz Bayern aber doch andere Fragen: Wie sieht es mit Betreuungs- und Bildungsangeboten aus? Wo ist der nächste Kindergarten? Wo ist die nächste Grundschule? Wo sind die weiterführenden Schulen heute, und wo sind sie in zehn Jahren? Wie sieht es mit Ausbildungsangeboten aus? Wie sieht es mit Standorten von Berufsschulen aus? Wie sieht es vor allem auch mit Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region aus? Wie sieht es auch mit der Mobilität aus? – Sie haben über das Internet gesprochen; Sie haben über Straße und Schiene als wichtige Infrastruktur für gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit aber kein Wort verloren.

Unsere Gesellschaft wird älter. Immer mehr Menschen, viele Familien, stellen sich die Frage, wo sie ihre alte Generation betreuen lassen können. Gibt es ambulante Hilfen? Gibt es stationäre Hilfen? Wo sind sie? Wie weit sind sie weg? – Das sind doch ganz zentrale Fragen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

die wir beim Thema gleichwertige Lebensbedingungen aufgreifen müssen. Auch die Frage nach der gesundheitlichen Versorgung ist wichtig. Wo ist der nächste Allge-

meinarzt? Wo sitzen die für mich notwendigen Fachärzte? Wie weit ist der Zahnarzt weg? Wo ist die nächste Geburtsstation? – Das alles sind doch Fragen, die junge Familien interessieren. Dazu haben Sie überhaupt kein Wort verloren.

Eine Regierungserklärung, auch Ihre, ersetzt diesbezüglich kein Konzept. Da und dort ist von Anreizsystemen die Rede gewesen. Da und dort kann man sich auch vorstellen, was Wirtschaftsförderung bewirken kann. Aber letztlich muss sich eine kraftvolle Landesplanung außer mit der Frage, ob und welche Anreize man setzen will, auch mit der durchaus politisch nicht so angenehmen Frage auseinandersetzen: Bin ich im Interesse bestimmter Entwicklungen bereit, dirigistische, steuernde Elemente zu setzen, um für wohnortnahe Krankenhäuser zu sorgen, um für wohnortnahe Fachärzte zu sorgen? Das alles sind doch Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Das sind doch die Fragen, die die Menschen vor Ort in allen Regionen Bayerns interessieren.

Immerhin haben Sie – das hat Frau Kollegin Karl auch schon angesprochen – eingeräumt, dass wir ein Bayern unterschiedlicher Geschwindigkeiten haben und wir an dieser Stelle eben nicht mit dem zufrieden sein können, was bisher erreicht wurde. Das wurde in den letzten Jahren immer wieder bestritten, wenn diese Dinge von der Opposition angesprochen wurden.

Am Anfang steht die Analyse für den gesamten ländlichen Raum. Sie haben gesagt, der ländliche Raum zusammengenommen sei ein Zuzugsbereich. Sie haben dann wenigstens eingeräumt, dass wir Regionen haben, in denen die Menschen weniger werden, wo die Gesamtbilanz offenkundig nicht mehr stimmt, und das auch noch bei einem gleichzeitigen Alterungsprozess in diesen Regionen. Da war von einem Nordbayern-Plan die Rede. Mittlerweile wird in Ihrer Regierungserklärung auch von Südbayern gesprochen. Ostbayern taucht noch nicht auf; mir ist unklar, lieber Kollege Pohl, ob es Westbayern gibt. Jedenfalls würde man das mit Schwaben zutreffend bezeichnen können. Aber das ist überhaupt nicht im Fokus dieser Regierungserklärung gewesen. Über Nord und Süd geht der Blick nicht hinaus.

Es ist auch nicht in Ordnung, sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn Sie mit einem Nordbayern-Plan beginnen; ein bayerischer Finanz- und Heimatminister muss einen gesamtbayerischen Plan vorlegen und kann nicht nur mit punktuellen Plänen arbeiten. Die Antworten können zwar regional unterschiedlich sein, der Gesamtansatz muss aber ein gesamtbayerischer sein und bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Konzept, von dem Sie reden, ist das Landesentwicklungsprogramm. Das ist in den letzten Jahren unterschätzt worden und auch heute ist wieder nicht deutlich geworden, ob und inwieweit Sie dieses Instrument, das gesetzlich geboten ist, zum Einsatz bringen wollen. Wenn Sie von Analysen reden, muss ich sagen: Seit mindestens einem Jahr ist der Raumordnungsbericht überfällig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der CSU-Fraktion, da besteht eine Berichtspflicht der Staatsregierung gegenüber dem Bayerischen Landtag. Das ist auch zeitlich vorgegeben. Die Staatsregierung ist seit über einem Jahr, seit Ende 2013, säumig. Der Raumordnungsbericht muss vorgelegt werden. Das wäre die Antwort auf die Frage, was in den letzten Jahren landesplanerisch geschehen ist, was unsere Politik bewirkt hat, wo wir stehen. Das fehlt und ist überfällig, sehr geehrter Herr Staatsminister. Wenn Sie Landesplanung und Heimatpolitik ernst nehmen, dann ist dieser Raumordnungsbericht dem Landtag schnellstens vorzulegen, damit wir darüber endlich reden können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Auftrag des Landtags an die Staatsregierung ist die Überarbeitung des Zentrale-Orte-Systems. Das haben wir Mitte letzten Jahres in Auftrag gegeben. Bis zum heutigen Tage – mittlerweile sind es 18 Monate – ist nicht erkennbar, wann Sie diese Überarbeitung vorlegen wollen. Wenn man Bayern vernünftig weiterentwickeln will, wird man sich diesem schwierigen Thema nicht entziehen können. Sie haben von 843 zentralen Orten bei über 2.000 Gemeinden gesprochen. Daran wird deutlich, dass die-

ser vermeintliche Imagebringer in den vergangenen Jahren zu einer Inflation zentral-örtlicher Einstufungen geführt hat.

Sie haben nur von drei Metropolen gesprochen: München, Nürnberg und Augsburg. Aber wenn man Bayern insgesamt vernünftig weiterentwickeln will, muss man auch jenseits der Aufgaben, die Metropolen unbestreitbar für ganz Bayern erbringen müssen, klären, welche Aufgaben die Mittel- und Grundzentren zu bewältigen haben. Nicht jeder kleine Ort kann in gleicher Art und Weise Versorgungsaufgaben für sein Umfeld übernehmen. Das ist nicht zu leisten. Aber wir müssen klären und definieren, wo solche zentralen Aufgaben in Grundzentren und vor allem in Mittelzentren angesiedelt sind, und müssen dies mit konkreten Aufgabenstellungen und Zielsetzungen verbinden. Womöglich können Grundzentren so definiert werden, dass in deren Einzugsbereich eine Grundschule und ein Kindergarten zu sichern sind; im Einzugsbereich eines jeden Mittelzentrums brauchen wir eine Realschule, ein Gymnasium und ein Krankenhaus. Das sind Punkte, die man aufwerfen und die man dann zu konkreten Versorgungsnetzen in allen möglichen Bereichen weiterentwickeln kann. Dies alles bleibt aber sehr im Nebulösen. Dies alles ist nicht ausreichend präzise. Unser Hauptkritikpunkt an Ihrer Erklärung ist, dass Sie den Menschen letztlich nicht sagen konnten, womit sie im Jahr 2020 rechnen können, außer vielleicht in Bezug auf freien WLAN-Zugang an allen Behördenstandorten und in den Schlössern im Freistaat Bayern.

Das Anbindegebot und Ihre Ankündigung, im Bereich der Landesplanung für Verfahrensbeschleunigungen zu sorgen, begrüßen wir durchaus. Das ist auch notwendig, weil wir gesehen haben, dass die Verfahren überaus lange dauern. Das war aber auch ein Stück weit der Ungeschicklichkeit der letzten Staatsregierung geschuldet. Das muss man einräumen. Nicht alles, was da an Verzögerungen aufgetreten ist, war gesetzlich verordnet. Anhörungen in den Sommerpausen und dergleichen mehr waren ein unnötiges Ärgernis und führten zu einer unnötigen Verfahrensverzögerung.

Wenn Sie sich in diesem Landesentwicklungsprogramm auf die Fragen konzentrieren, die die Menschen interessieren, auf Versorgungsnetze in allen möglichen Fachbereichen, im schulischen Bereich, im Bereich der Gesundheitsversorgung oder im Bildungsbereich, dann sind wir damit durchaus einverstanden. Aber wenn Sie glauben, dass grenzüberschreitende Gewerbe- und Industriegebiete, beispielsweise mit Blick auf Tschechien, einen neuen Schub für Grenzregionen auslösen können, fehlt an dieser Stelle schlicht eine sinnvolle Analyse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Gemeinden scheitern nicht an der Möglichkeit, Gewerbegebiete und Industriegebiete auszuweisen. Wenn Sie zum Thema Flächenverbrauch lediglich sagen, Sie hätten damit kein Problem, dann ist das im Interesse der Landwirtschaft, des Landschaftsbildes und der Ökologie zu wenig. Auch da hätten wir uns ein Stück weit mehr Mut und Bereitschaft gewünscht, die Dinge zu begleiten; denn es ist nicht richtig und nicht geboten, dass jede Gemeinde ein eigenes Gewerbegebiet, ein eigenes Industriegebiet ausweist. So viel Geld, um allen alles zu ermöglichen, werden wir den Gemeinden, auch wenn sie unseren Vorschlägen folgen, letztlich nicht zur Verfügung stellen können. Auf diesem Gebiet ist die kommunale Zusammenarbeit deutlich zu verstärken. Es sind Anreize für Gemeinden zu schaffen, Dinge gemeinsam zu tun.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Brunner, die integrierte ländliche Entwicklung ist sicher ein gutes Beispiel dafür, wie finanzielle Anreize geschaffen werden. Aber das muss man über diese Konzepte hinaus fortsetzen. Da muss man auch finanzielle Anreize schaffen, wenn Gemeinden sich zusammentun und ihre Region gemeinsam weiterentwickeln.

Gestern haben wir im Haushaltsausschuss – jetzt ist leider Frau Wirtschaftsministerin nicht da – die Frage der Wirtschaftsförderung beraten. Ein Problem in Grenzregionen ist nämlich, dass, wie uns investitionsbereite Unternehmen sagen, sie jenseits der Grenze deutlich mehr Geld bekommen, wenn es um Investitionsförderung geht. Des-

halb lautete unser jahrelanges Petikum, die Förderhöchstsätze der Förderprogramme gegenüber den tschechischen Förderhöchstsätzen nicht zu sehr abzuschmelzen, sondern die Förderprogramme so auszustatten, dass Unternehmer, die sich für eine Investition im bayerischen Grenzraum entscheiden, kraftvoll unterstützt werden können.

Dabei hilft eine Absenkung der Mittel für die Wirtschaftsförderung nicht, wie sie gestern im Haushaltsausschuss beschlossen wurde. Das konterkariert ganz im Gegenteil Ihr Bekenntnis, mehr für den Grenzraum zu tun. Das darf man aber nicht nur bei der Erklärung des Heimatministers ablegen, sondern man muss in der Verantwortung des Finanzministers auch für eine entsprechende Ausstattung der Programme sorgen. Daran fehlt es leider, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Beim Blick nach Tschechien sind die außenpolitischen Leistungen des Ministerpräsidenten an dieser Stelle bereits gewürdigt worden. Die praktische Zusammenarbeit findet aber nicht in den Botschaften, sondern unmittelbar in den Grenzregionen statt. Hier haben sich im Lauf der Jahre beachtliche Initiativen entwickelt. Die Europaregion ist angesprochen worden. Sie ist eine Initiative der Gemeinden, Landkreise und Kommunalpolitiker diesseits und jenseits der Grenzen im Bayerischen Wald, in Tschechien und in Oberösterreich, und das trotz der Haltung der Staatsregierung; denn wir haben eine ganze Reihe von Hindernissen bewältigt. Die Staatsregierung war nicht bereit, irgendwelche Entscheidungskompetenzen auf die Europaregion zu übertragen. Die Staatsregierung war bislang nicht bereit, Geld für Regionalbudgets zur unmittelbaren Verteilung zur Verfügung zu stellen. An dieser Stelle gibt es leider nichts Konkretes. Eine bayerisch-tschechische Universität und eine bayerisch-tschechische Gartenschau sind Dinge, die weit in die Zukunft reichen und deren Realisierung offen ist. Aber von der Absicht, die Initiativen vor Ort mit Leben zu füllen, anzureichern und den Regionen eine Chance auf eigenständige Entwicklung zu lassen, war an dieser Stelle leider nichts zu hören. Dies wäre aber eine notwendige Initiative.

Lassen Sie mich noch ein paar allgemeine Sätze zu den Kommunalfinzen sagen. Ich kann mich an das anschließen, was Frau Kollegin Karl schon angesprochen hat. Sie haben ein Bekenntnis zu dem Grundsatz abgegeben, dass es zusammen besser geht als alleine. Aber wo sind die Anreize, um in vielen Bereichen die kommunale Zusammenarbeit noch weiter zu verstärken? Wo ist vor allem die ordnungsgemäße Finanzausstattung für die bayerischen Kommunen? Eine Verbundquote in Höhe von 15 % ist eine alte und richtige Forderung. Diese kann man nicht durch Stabilisierungshilfen an einzelne in Not geratene Gemeinden kompensieren. Das wäre ein Vertrauensbeweis gegenüber den Bürgermeistern und Landräten in den Regionen. Geben Sie ihnen Gestaltungsspielräume! Das geht allerdings nicht mit einer Vielzahl an Förderprogrammen, sondern wird dann erreicht, wenn man die Kommunen finanziell so ausstattet, dass ihnen Gestaltungsspielraum bleibt. Das geht auch nicht, indem man die Kommunen, wie vielfach in Nordbayern, in Ostbayern, in Gesamtbayern - auch im Alpenraum gibt es, wie wir wissen, notleidende Kommunen -, von Punkt zu Punkt begleitet. Man muss ihnen Gestaltungsräume, auch finanzieller Art, geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man das schon nicht tun will, muss man sich bei den Themen Heimat und Entwicklung zumindest in die Niederungen der konkreten Probleme begeben. Das hat heute leider völlig gefehlt. Wenn Sie für die bessere Finanzausstattung der Kommunen nicht zu gewinnen sind, müssen Sie wenigstens den aktuellen Problemen ins Auge sehen. Wir haben gestern im Haushaltsausschuss zum Beispiel über die Probleme von Gemeinden diskutiert, die große Flächen und wenig Einwohner haben bzw. deren Einwohnerzahl sinkt. Sie müssen trotzdem ihre Wasserleitungen und vor allem ihre Abwasserkanäle dauerhaft unterhalten. Die Anschlüsse werden weniger, die Beitragszahler werden weniger, nicht jedoch der Grundaufwand.

Wir meinen deshalb, dass es dringend notwendig ist, für diese Gemeinden in den ländlichen Regionen ein Förderprogramm aufzulegen. Andernfalls werden künftig weniger Beitragszahler immer mehr bezahlen müssen. Dadurch wird das Leben in diesen

strukturschwachen Regionen für jeden einzelnen Menschen teurer werden. Das führt nicht zu mehr Attraktivität, sondern zu mehr Belastungen. Die CSU hat in den bisherigen Debatten nicht zu erkennen gegeben, weder gestern noch heute, dass sie das überhaupt als Problem erkannt hat, geschweige denn, dass sie dieses Problem lösen will.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie die Gemeinden nicht in dem finanziellen Umfang ausstatten, wie wir das wollen, müssen Sie schleunigst wenigstens nachbessern. Sonst wird das Leben in den Regionen aus unterschiedlichsten Gründen noch teurer werden, als es ohnehin schon ist. Ich habe das am Beispiel der Abwasserkanäle illustriert. Meine Damen und Herren, tun Sie etwas, und zwar etwas Konkretes!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Breitband: Alle Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition und ich haben an dieser Stelle schon häufig gesagt: Seit Minister Söder dafür verantwortlich ist, ist in das Thema Breitband richtig Bewegung gekommen. Dafür herzlichen Dank. Wir erkennen dies durchaus an.

(Demonstrativer Beifall bei der CSU)

Wir hören jetzt von der Zielsetzung, dass jede Behörde schnelles Internet erhalten soll. Auch die Bildungseinrichtungen sollen schnelles Internet erhalten. Wir sehen dadurch unsere ursprüngliche Ansicht bestätigt, dass der Freistaat bei diesem Thema mehr hätte tun müssen, als er bisher getan hat. Mit Blick auf den Haushalt darf ich in Erinnerung rufen, dass die vielgepriesenen und gefeierten zwei Milliarden Euro für diesen Zweck im Haushalt noch lange nicht finanziert sind. Wir haben im Doppelhaushalt für diesen Zweck 150 und 200 Millionen Euro sowie zahlreiche Verpflichtungsermächtigungen. Die Gemeinden können das Geld abrufen. Dafür sind sie dankbar. Aufgabe des Haushaltsausschusses wird es jedoch sein, diese Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2017 und 2018 mit Geld zu hinterlegen. Die bessere Breitbandversorgung wird also ein Stück weit zulasten der nächsten Haushalte finanziert.

Zum freien WLAN: Die Idee, freies WLAN an Behördenstandorten anzubieten, ist nett. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der Heimatminister heute das Ziel verkündet hat, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Bürger nicht mehr in eine Behörde gehen müssen, um zum Beispiel einen Antrag zu stellen. Wenn die Bürger jedoch freies WLAN haben wollen, sollen sie aber offenbar doch die Behörden bzw. die Schlösser und Seen aufsuchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Freies WLAN gehört dorthin, wo die Menschen sind: auf die Märkte und Plätze in den Dörfern und Städten in Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In den Kommunen mit innovativen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern – ich nenne zum Beispiel Karin Bucher von den FREIEN WÄHLERN in Cham - gibt es das auf dem Marktplatz. Da gehört es auch hin. Der bayerische Heimatminister sollte sich daran einmal ein Beispiel nehmen. Er braucht nicht ins Ausland zu gehen. Man könnte noch sehr viel mehr Beispiele nennen, um zu sehen, wie die Bevölkerung, die Menschen, mit freiem WLAN versorgt werden können. Das ist die Lösung, nicht das freie WLAN in Behörden.

BayernLabs begrüßen wir. Dabei geht es nicht nur darum, an acht Standorten in Bayern Anschlüsse mit einer Übertragungsbandbreite von 150 Mbit/s sicherzustellen. Viel wichtiger ist es, in allen Bereichen auf 50 Mbit/s zu kommen. Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich würde gerne einmal wissen, wie die Entscheidungen über die bereits genehmigten Standorte zustande gekommen sind. Ich kann mir das nicht erklären. Für Niederbayern haben Sie den Standort Vilshofen angekündigt. Dafür könnten verschiedene Motive eine Rolle spielen. Der dortige Landrat Meyer ist als ehemaliger Staatssekretär im Finanzministerium bekannt. Ich möchte nicht hoffen, dass dies ein Kriterium war.

Für die Wahl von Vilshofen kann auch nicht ausschlaggebend sein, dass Vilshofen noch nie von einer Behördenverlagerung profitiert hat. Ich hätte dazu gern eine Erklärung. Prinzipiell ist diese Maßnahme ein richtiger Schritt für die Digitalisierung in ganz Bayern.

Zur regionalen Innovation und den Technologietransferzentren muss ich noch etwas sagen. Dieses Thema ist ein Dauerbrenner. Die FREIEN WÄHLER haben die dezentrale Wissenschaftspolitik als Ausgleich zwischen der Wissenschaft und der regionalen Wirtschaft in den Regionen immer begrüßt, auch um einen Ausgleich in den benachteiligten Regionen zu erreichen. Ich möchte Ihnen die Entwicklung in meinem Heimatlandkreis schildern: Der Landkreis Freyung-Grafenau wendet pro Jahr zur Finanzierung der Gebäude 600.000 Euro auf. Sehr geehrter Herr Kollege Gibis, auch Sie wissen, dass in diesem Landkreis 600.000 Euro pro Jahr in den Haushalt eingestellt werden, um diese Aufgabe des Staates, wie sie der Heimatminister nennt, mitzufinanzieren. In diesem Jahr bekommt unser Landkreis 1,3 Millionen Euro Stabilisierungshilfe. Das ist doch absurd. Das passt doch nicht zusammen. Zum einen werden diese Kommunen in freiwillige Aufgaben gedrängt, andererseits wird anerkannt, dass diese Kommunen kein Geld haben, um diese freiwillige Aufgabe zu erfüllen, und sie erhalten deshalb Stabilisierungshilfe.

Lösen Sie sich endlich davon, diese Technologietransferzentren, die richtig und wichtig für die Entwicklung der Regionen sind, von den Kommunen finanzieren zu lassen. Dies ist ein unsägliches Verfahren, das ich im Übrigen auch für rechtswidrig halte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Behördenverlagerungen werden nun schon zum wiederholten Male angekündigt. Heute wurde jedoch konkret ein Konzept für das erste Quartal des Jahres 2015, bis zum 31. März, angekündigt. Darauf können wir warten. Genannt wurden 1.500 Arbeitsplätze. Ich getraue mich momentan nicht zu bewerten, ob das viel oder wenig

sind. Jedenfalls wird uns bis zum 31. März nächsten Jahres gesagt, welche 1.500 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2025 verlagert werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Arbeitsplätze müssen verlagert werden! Das darf nicht nur angekündigt werden!)

- Lieber Hubert, die Ankündigung wird im Jahr 2015 erfolgen. – Ich halte es für richtig, diese Maßnahme nicht übers Knie zu brechen, sondern eine geraume Zeit zwischen der Entscheidung und der Umsetzung vergehen zu lassen, um den Betroffenen die Gelegenheit zu geben, sich nach neuen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten umzuschauen, wenn sie die Standortverlagerung nicht mitmachen wollen. Wir werden sehen, was daraus wird.

Bei der Ankündigung, dass alle Förderprogramme künftig digitalisiert auf einen Blick und einen Klick einsehbar sein sollen, habe ich hellauf lachen müssen. Sehr geehrter Herr Staatsminister, wissen Sie eigentlich, wie viele Förderprogramme wir haben?

(Annette Karl (SPD): 700!)

Wissen Sie, wie kompliziert das ist und mit welchem Aufwand wir alle uns durch diese Förderprogramme quälen müssen? Die Digitalisierung und die Möglichkeiten, Daten zu sammeln, lösen nicht alle Probleme. Wenn man dieses Thema ernsthaft angehen will, dann muss man an die Substanz gehen und die Förderprogramme entschlacken. Das kann man machen. Wenn man die Gemeinden finanziell vernünftig ausstattet, dann kann man ihnen vielleicht auch ein Programm für Sportstätten oder Kanalsanierungen ersparen; denn dann haben sie ausreichend Geld, die Schwerpunkte selbst zu setzen. Ihr Glaube an Förderprogramme auf einen Klick, auf einen Blick, macht deutlich, dass sie von dem, was auf Verwaltungsebene passiert, um an Geld zu kommen, leider keine richtige Vorstellung haben. Das ist eher eine Lachnummer als ein Ansatz für eine vernünftige Problemlösung und sinnvolle Begleitung der Gemeinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will zum Schluss kommen: Wir halten diese Regierungserklärung für insgesamt enttäuschend. Völlig negiert haben Sie, dass es auch in Ballungsräumen Probleme gibt. Der Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen ist ein Thema; denn auch Ballungsräume sind Heimat. Auch da muss man die Frage stellen, was wir politisch dazu beitragen können, um die dortigen Probleme zu bewältigen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Die konkreten Zielsetzungen fehlen völlig. Ein Landesplanungsminister – das klingt jetzt natürlich nicht so sexy wie "Heimatminister", aber ich glaube, das beschreibt das gleiche Thema – müsste auch erkennen lassen, dass er die Aufgaben koordinieren will, dass er die Aufgabe mit dem Wirtschaftsministerium, mit dem Bildungsministerium, mit dem Sozialministerium abgestimmt vorantreiben will. Das können Sie machen. Das können Sie im Landesentwicklungsprogramm machen. Legen Sie das Konzept endlich vor; es ist überfällig. Aber leider haben Sie auch heute nicht erkennen lassen, dass das zu erwarten ist. Wir werden Ihnen auf der Spur bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Kollege Hartmann das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister Söder! Der Titel Ihrer heutigen Regierungserklärung ist "Heimat Bayern 2020". Aber was ist eigentlich Heimat? In vielen von uns weckt der Begriff Heimat erst einmal Erinnerungen an die Kindheit, den Ort, an dem man aufgewachsen ist. Heimat ist aber auch immer ein politischer Begriff. Die Heimat, in der wir heute leben, in der die Kinder von heute aufwachsen, ist aufgrund vieler politischer Entscheidungen so, wie sie ist. Heimat ist das, was wir alle daraus machen, und nicht das, was schon immer so war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heimisch sind die Menschen, die jetzt hier leben, und nicht nur die, die meinen, immer da gewesen zu sein. Keiner war schon immer da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns ist der Begriff Heimat deshalb auch eine Aufforderung, unser Umfeld so zu gestalten, dass alle eine Chance auf ein gutes Leben haben. Auf den Bereich "gutes Leben" komme ich nachher noch einmal zurück. Ich möchte am Anfang bei dem Begriff Heimat bleiben. Beim Gestalten, beim Machen der Heimat, kommt es darauf an, wie wir das machen, aber auch darauf, was wir machen. Heimat gehört allen, die dort leben, und deshalb haben auch alle ein Recht darauf, mitzureden und mitzugestalten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

egal, ob in der zehnten Generation ansässig oder neu zugezogen, egal, ob sie viel besitzen oder wenig, egal, ob Kind, Erwachsener oder Ruheständler. Sie alle haben ein Recht darauf, sich einzumischen, mitzugestalten, ihren Ort zu ihrer Heimat zu machen. Daran wollen wir arbeiten. Wo andere entscheiden, bin ich immer nur Gast.

Ich möchte kurz eine Geschichte aus meinem Leben erzählen. Ich bin in Landsberg aufgewachsen. Im Alter zwischen 14 und 17 Jahren – ich glaube, das ging vielen damals so – bin ich nach der Schule zu Freunden gefahren – die Schulsprengel waren ja etwas größer, man war am Nachmittag nicht immer in der eigenen Heimat –, und da habe ich relativ bald gedacht: Wo meine Freunde leben, ist alles viel besser; dort gibt es eine Skateboardanlage, sie haben einen Bauwagen für die Jugendlichen, der selbst verwaltet ist. Wenn man dann abends nach Hause geradelt oder mit dem Bus gefahren ist, hat man sich oft gedacht: Da ist die Umgebung doch deutlich besser.

Als ich mich dann, ziemlich im gleichen Alter, erstmalig im Jugendbeirat der Stadt Landsberg engagierte und gemerkt habe, dass man seine eigene Umgebung mitgestalten und beeinflussen kann, also durchaus etwas ändern kann – Landsberg hat üb-

rigens später auch eine Skateboardanlage bekommen –, wurde Landsberg immer mehr zu meiner Heimat, zu dem Ort, an dem man sich zuhause fühlt, weil man mitgestalten kann, weil man gehört wird. Das macht für uns Heimat aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heimat ist für uns keine Kategorie der Vergangenheit, sondern die Aufforderung, die Zukunft zu gestalten, und zwar so, dass alle ein gutes Leben führen können. Was ein gutes Leben ist, entscheidet jeder selbst. Dabei hat die Politik nicht hineinzureden. Hier gilt auch nicht der Spruch: "Das haben wir schon immer so gemacht."

(Zurufe und Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle brauchen aber gewisse Voraussetzungen, um ein gutes Leben führen zu können, egal, für welchen Lebensweg man sich entscheidet: eine intakte Umwelt, eigenständige Entscheidungen und auch das Gefühl, dass unser Handeln relevant ist. Wir brauchen ein gewisses Maß an Wohlstand zur Erfüllung unserer persönlichen Bedürfnisse und auch ein gewisses Maß an Daseinsvorsorge in den Gemeinden.

Wir bewerten Politik an dem Maßstab, ob sie hilft, diese Voraussetzungen zu erfüllen oder nicht. Wir können uns das jetzt einmal am Beispiel der intakten Umwelt, dem Schutz von Wasser, Boden und Luft ansehen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion, in Wahlkämpfen sprechen Sie oft von der Absicht, Bayern und die Heimat zu bewahren. Sehen wir uns aber einmal an, was bei Ihrer Politik herauskommt. Ich nenne hier zum Beispiel das Bündnis zum Flächensparen aus dem Jahre 2003. Bayern hat einen maßlosen Flächenverbrauch, und es gibt einen völlig absurden Wettkampf der Gemeinden um immer mehr Gewerbegebiete im Land. Ein paar Zahlen hierzu: Die tatsächlich genutzte Gewerbefläche in Bayern beträgt laut dem Bayerischen Landesamt für Statistik 43.540 Hektar. Gleichzeitig weist die Datenbank der Industrie- und Handelskammer knapp 12.000 Hektar Gewerbefläche aus, die bis jetzt nicht bebaut und nicht benötigt worden ist. Man kann auch sagen: Die leerstehende Gewerbefläche in Bayern hat sich seit dem Jahr 2000 verzehnfacht. Oder an-

ders ausgedrückt: Zu jedem vierten Gewerbe in Bayern haben wir bereits jetzt eine Expansionsfläche auf Vorrat ausgewiesen, und dann sagt der Herr Minister Söder, er mache sich keine Sorgen um den Flächenverbrauch in diesem Land.

(Zurufe bei den GRÜNEN – Beifall bei den GRÜNEN)

Täglich verschwindet in Bayern die Fläche von 25 Fußballfeldern für Straßen, Gewerbegebiete oder Einzelhandelsprojekte auf der grünen Wiese im wahrsten Sinne des Wortes unter Beton und Asphalt und der Minister macht sich darum keine Sorgen. Dieser ungebremste, verschwenderische Umgang mit Boden kommt einem Ausverkauf der Heimat gleich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das betrifft nicht nur die aus dem Boden gestampften Einkaufszentren in den Ortsrandlagen, sondern auch die Verkehrspolitik in unserem Land. Beim Blick auf die Verkehrspolitik erinnere ich mich immer wieder an ein Erlebnis aus dem Wahlkampf. Auch bei der Regierungserklärung, die eben gehalten wurde, wurde mir deutlich bewusst, wie verfehlt diese Politik ist. Ein junger Familienvater, der auf das Land gezogen ist, erzählt eigentlich die gleiche Geschichte wie eine 80-jährige Frau. Zuerst kommt die Umgehungstraße; das ist das Erste. Kurz danach folgt der Discounter an der Umgehungstraße. Kurz darauf schließen die Bäckerei und die Metzgerei im Ort. Mit jeder Schließung verschwindet eine fußläufige Einkaufsmöglichkeit. Es verschwinden regionale Produkte und ein Stück Wertschöpfung aus der Region. Kleine Handelsstrukturen sterben. Das Fleisch beim Discounter kommt nicht mehr vom Bauern aus der Ortschaft. – Das ist Ihre Politik. Dass das wirklich ein Verlust von Heimat ist, zeigt ganz deutlich das Beispiel des jungen Familienvaters, der sein Kind aus folgendem Grund nicht mehr alleine zum Einkaufen schicken können: Das Kind kann die Umgehungstraße, auf der die Autos mit 80 km/h vorbeibrettern, nicht mehr alleine überqueren. Aber auch ältere Menschen, die gar kein Auto besitzen, sind jetzt darauf angewiesen; anderenfalls haben sie wirklich eine Einschränkung ihrer Mobilität in diesem

Bereich. Bei Umgehungsstraßen sind weder Überquerungshilfen noch Zebrastreifen, Ampeln oder Verkehrsinseln vorgesehen. Das Ziel Ihrer Politik ist, dass man möglichst zügig an den Ortschaften vorbeifahren kann. Dadurch verliert Bayern deutlich ein Stück Heimat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Somit verliert ein Ort massiv an Lebensqualität: Zum einen fallen regionale Handelsstrukturen weg, zum anderen wird den Menschen die Möglichkeit genommen, im Ort einzukaufen.

Die Entwicklung an sich ist nicht neu. Das Erstaunliche ist, was die Staatsregierung heute in der Regierungserklärung erklärt hat, dass diese Entwicklung nicht nur so weitergehen soll, sondern sogar durchaus beschleunigt werden soll. Sie haben das eine oder andere Förderprogramm, zum Beispiel die Dorferneuerung, oder den einen oder anderen Dorfladen, der in Bayern unterstützt wird, um etwas gegenzusteuern. Aber es ist doch absurd, mit Steuergeldern gegen eine Entwicklung auf der grünen Wiese zu subventionieren, die man selber verursacht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der erste Schritt wäre, diese Entwicklung umzukehren und den Innenstädten und Dorfkernen zu helfen. Was Sie mit Ihrer Landesplanung machen, wenn sie in ein paar Jahren überhaupt vorhanden sein wird, zeigt, wie sinnbefreit Ihre Politik für den ländlichen Raum ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben bereits im Jahr 2010, damals zusammen mit der FDP, die Verkaufsfläche für Einzelhandelsgroßprojekte in Bayern ausgeweitet und tragen damit Verantwortung für das Sterben unserer Ortskerne.

Wir brauchen eine ehrliche Landesplanung. Das bedeutet, die interkommunale Zusammenarbeit ist zu stärken mit dem Ziel einer Innenentwicklung statt einer Zersiedlung im Außenbereich. Das bedeutet auch flächensparende Bauformen und vor allem eine bessere Förderung für kurze Wege, eine Nahmobilität zu Fuß, mit dem Rad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kurz gesagt: Bayern braucht endlich eine Politik, die Heimat ernst nimmt. Bayern braucht eine grüne Politik, bei der man nachdenkt, bevor der Bagger kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, endlich eine Verkehrspolitik zu machen, die dort ansetzt, wo die Wege der Bürgerinnen und Bürger beginnen, nämlich an ihrer Haustür. Wir brauchen eine umweltfreundliche, klimaschonende Mobilität. Das heißt, Bodenständigkeit statt Tempowahn. Die Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum stärkt den ländlichen Raum insgesamt.

Der Minister hat heute in der Regierungserklärung gesagt, wir bräuchten Macher statt Mahner.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Nörgler!)

– Macher statt Mahner oder Macher statt Nörgler. Da bin ich bei Ihnen. Sie hätten eine ganze Reihe unzähliger Macher in diesem Land, Macher, die am Gelingen der Energiewende arbeiten möchten. Genau diesen Machern im ländlichen Raum nehmen Sie durch ein Windkraftverhinderungsgesetz aber die Möglichkeit, eine Energiewende zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Energie aus der Region ist nicht nur ein Weg zu regionaler Wertschöpfung im Ort, sondern wird auch den Herausforderungen des Klimawandels gerecht, ganz nach dem Motto: global denken, lokal handeln.

Ich möchte noch kurz auf den gigantischen Flächenverbrauch zurückkommen. Dadurch stirbt auch die Artenvielfalt in unserem Land. Es hilft auch nichts, wenn die Staatsregierung am Schreibtisch eifrig ein Programm nach dem anderen zu Papier bringt. Die Realität sieht anders aus. Das Artensterben durch die Industrialisierung der Landwirtschaft geht immer weiter. Nitrat- und Pestizidbelastung im Grundwasser nehmen zu. Es ist ein Umdenken in der Agrarpolitik gefragt und nicht eine Aussage wie die des Ministers, der von normalen Wirtschaftsformen gesprochen hat. Egal, ob in Mittenwald oder Aschaffenburg: Wenn ich Wasser aus der Leitung trinke, möchte ich mir auch in Zukunft keine Gedanken darüber machen müssen, ob ich das Wasser so noch trinken kann. Sauberes Wasser gehört für mich zu Bayern wie der weiß-blaue Himmel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Herr Minister trägt heute wieder einmal eine grüne Krawatte, wie so oft. Aber die Defizite Ihrer Umweltpolitik, wie sie in Ihrer Regierungserklärung deutlich zum Ausdruck gekommen sind, kann das nicht kompensieren. So viele Krawatten können Sie gar nicht tragen.

Ich bin am Anfang auf das Thema eingegangen und möchte es am Schluss noch einmal aufgreifen. Es geht darum, wie man durch Einmischung seinen Ort mitgestalten kann, und um die Frage, was geschehen muss, um einen Ort zu seiner Heimat zu machen. Die Katholische Landjugendbewegung hatte am Sonntag einen Kongress in Würzburg. Dort hat sie einen Antrag mit der Überschrift verabschiedet: Zukunft auf dem Land beginnt dort, wo die Jugend ernst genommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es heißt weiter: Damit Jugendliche lieber anpacken, statt ihre Siebensachen einpacken. - Ich finde, die Katholische Landjugend hat das ganz deutlich auf den Punkt gebracht. Das trifft nicht nur auf die jungen Menschen in diesem Land zu. An seiner Heimat aktiv mitgestalten, das kann nur derjenige, der ausreichende Informationen zur Verfügung hat. Ein grundsätzlich freier Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung muss gegeben sein. Es ist schön und gut, dass man demnächst seinen Ausweis online beantragen kann. Das reicht aber nicht aus; das hat nichts mit Informationsfreiheit zu tun. Das Recht der Informationsfreiheit gehört außerhalb Bayerns schon längst zu den Bürgerrechten des 21. Jahrhunderts. In 70 Ländern dieser Welt, 11 Bundesländern und selbst beim Bund gibt es bereits Informationsfreiheitssatzungen. Die grün mitregierten Bundesländer wie Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Hessen arbeiten bereits daran, diese Rechte einzuführen. Bayern und Sachsen haben hierbei die rote Laterne. Aber die Bürgerinnen und Bürger in unserem schönen Bayern sind durchaus selbstbewusst und lassen sich von der Staatsregierung die Rathaustür nicht vor der Nase zuschlagen. Das haben 65 Kommunen in Bayern gezeigt. Sie haben das Heft des Handelns selbst in die Hand genommen und Informationsfreiheitssatzungen auf den Weg gebracht. Wir haben diese Entwicklung erkannt und zusammen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in einem Online-Beteiligungsverfahren ein umfangreiches Transparenzgesetz für Bayern erarbeitet. Wir wollen die Zivilgesellschaft stärken und eine Belebung der öffentlichen Beteiligung erreichen, damit sich wirklich jeder in seine Heimat einbringen und mitgestalten kann.

Was Ihre Landesplanung angeht, kann man zusammenfassende feststellen: Mit Ihrer Landesplanung und Landesentwicklung regieren Sie entgegen der Wirklichkeit. Das geht nicht ewig. Wenn Politik auf Wirklichkeit trifft, setzt sich die Wirklichkeit durch. Die Vielfältigkeit Bayerns, unserer Dörfer und Städte, die Artenvielfalt und die vielfältige Landschaft zu bewahren und gleichzeitig die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, ist kein Widerspruch. Genau das muss gute Politik in diesem Lande leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hierzu sind vielfältige Konzepte und Ideen umzusetzen. Das eine, für jede Region passende Konzept wird es nicht geben. Landesplanung – darin unterscheiden wir uns ganz deutlich – muss klare Zielvorgaben machen, damit Zukunft gemeinsam gestaltet werden kann.

Herr Minister Söder hat am Schluss seiner Regierungserklärung gesagt: Das Abenteuer geht weiter. Passender wäre es gewesen, den Liedtext von "Pur" zu zitieren: "Komm mit mir ins Abenteuerland." Den nächsten Satz – ich kenne ihn – lasse ich hier weg; denn ich möchte den Kolleginnen und Kollegen des Ältestenrats eine lange Sitzung ersparen. Ich denke ihn mir und glaube, er wäre deutlich passender gewesen als Ihre Regierungserklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Nun bitte ich den Kollegen Baumgärtner ans Rednerpult.

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was hier und heute von der Bayerischen Staatsregierung vorgetragen wurde, ist in Deutschland einmalig. Meinen herzlichen Glückwunsch an den Ministerpräsidenten und die Regierung und vor allem an den Heimatminister Markus Söder!

(Beifall bei der CSU)

Heimat kann der gestalten, der Heimat liebt. Das ist eine ganz innige Beziehung, und im Kern geht es in einer Beziehung darum, dass man sich nicht gegenseitig runterzieht und man sich nicht immerzu gegenseitig schlechtredet. Es ist formuliert worden, dass wir Heimat nur gemeinsam gestalten können. - Ich bin es im Übrigen leid, dass man Oberfranken immer als einen Raum der Benachteiligten bezeichnet. Wir in Oberfranken sind nicht benachteiligt.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin sehr davon überzeugt, dass wir Heimat nur dann gestalten können, wenn wir dies gemeinsam tun. "Gemeinsam" heißt für mich: Wir spielen die einzelnen Regionen in unserem schönen Land nicht gegeneinander aus, sondern wir gestalten für Gesamtbayern.

Das hat die Staatsregierung im Übrigen mit einer Nordbayern-Initiative und mit Projekten in Südbayern gemacht. Wenn man sich anschaut, wie diese Initiative entstanden sind, so wird man feststellen, dass man nicht von oben herab nach unten delegiert hat, sondern man hat dieses Projekt gemeinsam mit den Menschen erarbeitet. Ich komme aus einer Region, die von der Nordbayern-Initiative profitiert. Sie wird positive Synergieeffekte für diese Region bringen. Ich kann Ihnen sagen: Wir werden im Jahr 2022 die Kehrtwende erreicht haben.

Es bleibt dabei: Das Wichtigste in den ländlichen Räumen sind die Arbeitsplätze. Ohne Arbeitsplätze ist alles nichts. Wir haben in Oberfranken im Jahr 2013 53 Millionen Euro in die Regionalförderung investiert und damit insgesamt 375 Millionen Euro gehebelt. Wir haben in Oberfranken an die 700 Arbeitsplätze neu generiert und an die 7.000 Arbeitsplätze gesichert.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Super!)

Es ist in der Tat nicht so, meine Damen und Herren, dass wir die Wirtschaftsförderung reduziert haben. Sie ist im Jahr 2014 genauso hoch wie im Jahr 2012. Herr Kollege Muthmann, ich bin sehr gespannt, wie Sie mir das erklären.

(Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): 2015/2016 ist das!)

Meine Damen und Herren, ich bin durchaus geerdet und sehr schockiert, wie man die guten Maßnahmen der Behördenverlagerung so schlechtreden kann. Das ist unglaublich! Ich komme aus Kronach. Dort greift demnächst die Behördenverlagerung. Wir bekommen einen Teil der Finanzhochschule. Das wird für den Landkreis und die Stadt Kronach ganz tolle Synergieeffekte haben. Die Kolleginnen und Kollegen von der SPD

haben dieses Projekt vor drei Jahren niedergemacht und gesagt, das seien Hirngespinnste. – Das waren die Aussagen der führenden Sozialdemokraten in meinem Landkreis. Heute machen wir es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin ehrlich: Man kann über Heimatminister Markus Söder denken, was man will.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Ja, bitte gut zuhören! Man kann über Markus Söder denken, was man will – das, was er anpackt, funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere mich: Vor einem Jahr haben wir über die Breitbandförderung diskutiert. Da kam aus Ihren Reihen: Das funktioniert nicht, das ist zu wenig. Heute höre ich: Zwei Drittel der bayerischen Gemeinden sind im Förderprogramm. Das ist ein tolles Ergebnis, lieber Markus Söder.

(Zuruf von der SPD: Weil Sie endlich unsere Vorschläge umsetzen!)

Ich habe großes Vertrauen in den Heimatminister und glaube, dass die bayerischen Förderprogramme so aufgelistet werden, dass es Unternehmen ermöglicht wird, zügig herauszufinden, wie und wo man sie am besten fördert.

Meine Damen und Herren, neben den Arbeitsplätzen und einer sinnvollen Behördenverlagerung ist das Thema der Infrastruktur besonders maßgeblich. Es bleibt dabei: Wir als CSU bekennen uns nicht nur zum Straßenunterhalt, wir bekennen uns ganz deutlich auch zum Straßenneubau. Wenn heute jemand sagt, er wolle keine Ortsumgehungen mehr, lade ich ihn nach Oberfranken ein, und dann schauen wir uns einmal die Orte an, durch die 20.000 Autos fahren. Da kann ein kleines Kind nicht über die Straße gehen!

(Beifall bei der CSU – Zurufe: Es sind nur 3.000 Autos!)

Meine Damen und Herren, wer sich heute gegen den Straßenneubau ausspricht, der spricht sich auch gegen Lebensadern vor allem im ländlichen Raum aus.

(Zurufe von den GRÜNEN – Gegenruf von der CSU: Ruhe! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rede von der B 173. Es bleibt dabei: Wir wollen die B 173. Wir werden bis 2018 Baurecht schaffen, und wir bauen sie, weil uns die Arbeitsplätze in dieser Region wichtig sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer Schulen schließt, zerstört den ländlichen Raum!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein. - Wenn ich über Infrastruktur rede, dann rede ich nicht nur über die Straße, sondern auch über die Schiene und Breitband. Natürlich kann man sagen: Baumgärtner, das ist ein bisschen wenig. – Wir werden im Jahr 2018 schauen, wo wir stehen. Ich sage Ihnen auch, wie wir die zusätzlichen Gelder für weitere Programme generieren wollen, nämlich mit einem veränderten Länderfinanzausgleich. Ich bin es leid, dass Bayern die Maßlosigkeiten in anderen Bundesländern finanzieren muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind in der Frage, wo Schulen sein sollen, nicht auseinander, Kollege Muthmann.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo sind die?)

Wir sind da beieinander. Dies ist eine zentrale Frage. Ich bin dem Kultusminister sehr dankbar dafür, dass er in Bayern die Dialogforen eingerichtet hat,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das sind aber keine Schulen!)

dass wir gemeinsam mit den Menschen diskutieren, wie wir die Schullandschaft in den verschiedenen Regionen organisieren wollen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nachdem Sie Hunderte geschlossen haben! Hunderte von Schulen haben Sie geschlossen!)

Es bleibt dabei: Zunächst ist in der Frage der Schule die Analyse wichtig. Ich bin dem Kultusminister für seine kommunikative Haltung in dieser Frage dankbar.

Ja, und es bleibt dabei: Heimat ist nicht nur Infrastruktur und Bildung, Heimat ist auch die ärztliche Versorgung. Ich bin froh und dankbar, dass an der Spitze des Ministeriums für Gesundheit und Pflege eine Ärztin steht. Selbst wenn ich es niemandem in Bayern zutrauen würde, die Landarztsituation zu verbessern: Einer Ärztin traue ich es auf jeden Fall zu.

(Erwin Huber (CSU): Einer aus Oberfranken noch dazu!)

Wir haben 11 Millionen Euro in das Förderprogramm eingestellt, um die Landärzte zu fördern. In der Tat müssen wir auch noch über die Landarztquote reden. Wir müssen darüber reden, ob wir den Numerus clausus für jene junge Menschen senken, die von vornherein sagen: Ich wohne in dieser Region; ich will in dieser Region bleiben, ich will Medizin studieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin im Übrigen sehr dafür, dass wir die Zahl der Studienplätze erhöhen, damit in den nächsten 15 Jahren bei der landärztlichen Versorgung kein Engpass entsteht.

Meine Damen und Herren, das Älterwerden in der Heimat hängt vor allem auch daran, ob die Kinder in dieser Region Arbeitsplätze finden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und Schulen! – Zuruf von der SPD: Genau! Deshalb reduzieren Sie die Wirtschaftsförderung!)

Unterhalten Sie sich einmal mit der älteren Generation. Die älteren Menschen vor allem in Räumen mit strukturellen Herausforderungen sagen mir: Das Allerwichtigste ist, dass meine Kinder hier einen Arbeitsplatz haben, dass sie einen Arbeitsplatz finden; ich will im Alter nicht allein sein. Die Garantie und Förderung von Arbeitsplätzen ermöglicht es den Menschen, in ihrer Region alt zu werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Beim kommunalen Finanzausgleich haben wir die Rekordsumme von 8,3 Milliarden Euro zu verzeichnen. 120 Millionen Euro sind Stabilisierungshilfen, 50 Millionen Euro gehen nach Oberfranken. Das ist eine Riesensumme. Ich warne sehr davor zu suggerieren, dass wir alle Probleme in diesem Land mit Geld lösen könnten. Vieles fängt im Kopf an. Fangen Sie einmal damit an, über unsere Heimat und über die Regionen gut zu reden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, fangen Sie einmal damit an!)

Das ist ein ganz wichtiges Kriterium. – Gut zuhören: Im Kopf beginnt die Veränderung!

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mir auf meinem Zettel aufgeschrieben: Heimat braucht Stimme. Ich würde mir wünschen, dass ich in unseren Regionen auch in Zukunft mehrere Tageszeitungen finde. Ich würde mir wünschen, ganz gleich wie man zum Länderfinanzausgleich steht, dass man einmal gemeinsam formuliert, dass der Länderfinanzausgleich, so wie er jetzt ist, nicht mehr gerecht ist.

(Zurufe von der SPD)

Dabei können wir sicherlich über die eine oder andere Zahl diskutieren. Es bleibt dabei: Heimat braucht Stimme. Ich habe in der Tat Sorge, dass die zunehmenden Fusionierungen und die weniger werdenden Printmedien dazu führen, dass wir nicht mehr objektiv diskutieren können. Ich lade Sie ein, die Diskussion darüber, was wir tun können, um unsere Printmedien zu schützen, in den nächsten Monaten und Jahren zu

führen. Es bleibt nämlich dabei: Immer nur etwas schlechtreden, immer nur schlecht-schreiben ist kein Kennzeichen von Qualitätsjournalismus.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Qualitätsjournalismus beginnt bei mir damit, dass diejenigen, die schreiben, gut ausgebildet sind und auch gut für ihr Werk entlohnt werden. Das ist keine Presseschelte, sondern der Versuch, darüber nachzudenken, was wir tun können, um die Medienlandschaft in Bayern auch in Zukunft in der Breite zu erhalten.

Ich danke den Landwirten, dass sie die Kulturlandschaft in Bayern mit ihrer Arbeit so gestalten, dass Bayern lebenswert ist. Meine Damen und Herren, wir brauchen keine Ideologen; wir brauchen unsere Waldbauern und unsere Bauern. Sie haben es seit vielen Jahrhunderten richtig gemacht, und sie werden es im Übrigen auch in Zukunft richtig machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fasse zusammen: eine gute Regierungserklärung, eine sehr gute Strategie. Ich bin dem Minister für Heimat, Herrn Söder, aus Kronacher Sicht sehr dankbar. Das, was für Oberfranken in den letzten Wochen und Monaten angeschoben worden ist, gab es viele Jahre nicht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer hat da regiert?)

Vielen herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Entschuldigung, die Kollegin Sengl hat noch eine Zwischenbemerkung. Das habe ich ganz übersehen.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich finde es schön, wenn gesagt wird, der Straßenneubau sei eine der Lebensadern Bayerns. Aber wenn das Herz, das Dorf, tot ist, dann hilft auch die dickste Lebensader nichts mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber habe ich heute noch kein einziges Wort gehört. Dass heute die Dörfer von Discountern und nicht mehr von Obstängern gesäumt sind, ist das Ergebnis eurer Politik mit dem Landesentwicklungsprogramm.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Wahrscheinlich haben Sie mir nicht zugehört. Ich rede von Lebensadern, beispielsweise von der B 173, die wir brauchen, um in dieser Region die Arbeitsplätze zu erhalten. Ohne Arbeitsplätze werden das Leben im Dorf und in der Stadt sowie der Umweltschutz übersichtlich.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Das Wichtigste sind die Arbeitsplätze. Im Übrigen dürfen Sie nicht glauben, dass die CSU die Städte und Dorfkerne töten will. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Programme zur Dorferneuerung einen guten Beitrag leisten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In dem Stil des Herrn Baumgärtner mache ich nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das möchte ich hier ganz deutlich sagen; denn das ist Klischee: Bei uns ist alles gut, in Bayern ist alles bestens, wir sind die Besten in ganz Deutschland, dankbar ist allein der Minister, und deswegen: danke, danke, danke. Das entspricht leider nicht der Realität. Die Realität möchte ich darstellen.

(Zuruf von der CSU: Genau!)

Das werden Sie merken – dann nehmen Sie zum Schluss Stellung –; denn ich werde Bayern nicht schlechtreden. Ich werde aber unsere Defizite aufzeigen, und das entspricht der Realität.

(Beifall bei der SPD)

Heimatbericht, Heimatministerium, Kampagne "Heimat Bayern", Heimatpreis – Heimat hat Konjunktur, nicht nur bei uns im Parlament. Seit nunmehr sieben Jahren läuft im Bayerischen Fernsehen die Serie "Dahoam is Dahoam". Wir alle kennen den kurzen bayerischen Werbespot "I bin der Soundso, und da bin i dahoam." Das haben wir alle schon gesehen. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass wir zu Bayern – ich könnte auch sagen: zu Franken – gehören, dass das unsere Heimat ist und wir uns da wohlfühlen; denn der Begriff Heimat ist immer positiv besetzt. Wir sind stolz auf die Heimat, und wir wollen in dieser Heimat bleiben.

Bayern, auch Franken, hat in der Tat sehr viel zu bieten: eine traditionsreiche Geschichte und in allen Teilen eine schöne, abwechslungsreiche Landschaft. Wir haben geringe Arbeitslosenzahlen und in weiten Teilen eine prosperierende Wirtschaft. Das haben wir schon gehört. Ich möchte das nicht schlechtreden.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wenn wir uns vergleichen, gehört auch das dazu: Insgesamt ist die Bevölkerungsentwicklung positiv. Auch das ist gesagt worden. Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung sehr ungleich. Während der Süden, vor allem der Großraum München, boomt, schrumpft der Norden, zum Teil sogar dramatisch. Nur ein Beispiel: Der in Oberfran-

ken gelegene Landkreis Wunsiedel verliert seit längerer Zeit pro Jahr zwischen 700 und 1.000 Einwohner; in den letzten fünf Jahren waren es 4.000 Einwohner. Auch die bis 2020 prognostizierte Entwicklung verläuft in diesem Teil Bayerns dramatisch: Arzberg minus 19 %, Selb minus 17 %, die Stadt Wunsiedel minus 10 %. Das ist nicht nur auf den demografischen Faktor zurückzuführen – mehr Sterbefälle als Geburten –, sondern auch darauf, dass viele Menschen wegziehen, obwohl sie ihre Heimat lieben und stolz auf diese Region sind. Viele Menschen würden lieber dort bleiben, als in den Ballungsraum zu ziehen, können es aber nicht. Ich muss deutlich sagen: Hier hat die Bayerische Staatsregierung seit vielen Jahren ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Das hat auch Herr Baumgärtner geäußert, der Herrn Söder lobt; denn er hat gesagt: Das gab es seit vielen Jahren nicht. Da muss ich ihm zustimmen; das gab es seit vielen Jahren nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das impliziert genauso, dass wir jetzt sehr skeptisch sind, wenn wir wieder von Plänen hören, mit denen es bis zum Jahr 2020 alles besser sein wird. Wir haben gemerkt, dass es in den letzten 10 oder 20 Jahren nicht besser geworden ist. Deswegen sind wir bei diesen neuen Ankündigungen so vorsichtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle miteinander wollen Macher sein. Ich möchte in dieser Entwicklung auch Mahner sein. Ich bin jedoch kein Nörgler; auch das möchte ich hier deutlich klarstellen.

Schauen wir uns die Entwicklung an: In allen Landesentwicklungsprogrammen wurden die unterschiedlichen Entwicklungen in Nord- und Südbayern aufgegriffen, und es wurden immer wieder Forderungen erhoben. Im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms von 2001 steht: Leitlinie ist die Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen. Noch vorhandene lagebedingte

und wirtschaftliche Probleme sollen abgebaut werden. - Fünf Jahre später heißt es – ich zitiere wieder: In Teilräumen noch vorhandene wirtschaftsstrukturelle Probleme sollen im Hinblick auf die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen abgebaut werden. – Wunderbar! Im aktuellen Landesentwicklungsprogramm heißt es wieder: gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen.

Nun zum Verfassungsauftrag. Das Problem wurde erkannt, allerdings blieben die grundlegenden Maßnahmen aus. So haben wir ein Bayern der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Auch das ist Realität.

(Beifall bei der SPD)

Wenn einer meint, das sei eine Erfindung von mir, empfehle ich: Schauen wir uns doch die Zahlen an, die die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren belegen! Die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern ist erfreulich. Das Bruttoinlandsprodukt, eine wichtige Messzahl, stieg im Freistaat seit dem Jahr 2000 um rund ein Drittel. Die positive Entwicklung hat sich in allen Regierungsbezirken gezeigt. Allerdings hat sich der Abstand zwischen dem stärksten Regierungsbezirk Oberbayern und dem Schlusslicht Oberfranken kaum verringert. Schauen wir uns das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner an: Im Jahr 2000 - so lange ist das noch nicht her - hatten wir in Oberbayern eine Maßzahl von 35.000 Euro, in Oberfranken von 22.000 Euro, also einen Unterschied von 13.000 Euro. Die neuesten Zahlen belegen: Im Jahre 2011 lag das Bruttoinlandsprodukt in Oberbayern bei 43.000 Euro, in Oberfranken bei 29.000 Euro. Wir haben also wieder eine Differenz von rund 13.000 Euro. Um genau zu sein: Die Differenz beträgt 13.560 Euro. Das zeigt deutlich eine positive Entwicklung, aber unterschiedliche Geschwindigkeiten. Das kritisieren wir. Wir kritisieren also nicht die wirtschaftliche Entwicklung, sondern das Auseinanderdriften von zwei Regionen. Hier wurde zu wenig gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt sich auch an den Stabilisierungshilfen. Natürlich freuen wir uns, dass hier die Hälfte, also über 50 Millionen Euro, nach Oberfranken fließt. Großartig! Ich gönne das jedem Bürgermeister und jeder Kommune, die diese Mittel dringend brauchen. Aber dass so viele Stabilisierungshilfen nach Oberfranken fließen, zeigt, dass sich die Kommunen zum Teil nicht mehr anders helfen können und dieses Geld in Anspruch nehmen müssen. Das ist das Traurige an der ganzen Geschichte.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt mir so vor, als bräuchten kranke Kommunen Medizin. Über die Medizin freut sich jeder. Mir wäre es lieber, diese Kommunen wären so gesund, dass sie keine Medizin bräuchten. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch auf den Aspekt hinweisen – auch Kollege Muthmann hat das angesprochen –, dass die Boom-Region Oberbayern und München nicht nur Vorteile hat; denn Heimat, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss man sich nämlich auch leisten können. Wenn die Mieten enorm steigen und die Lebenshaltungskosten immer höher werden, dann sind sozial schwächere Menschen und Familien gezwungen, ihre lieb-gewonnene Umgebung, ihre Heimat zu verlassen. Zusätzlich kommen gerade auf die Stadt München erhebliche Verkehrsprobleme zu. Deswegen ist es notwendig und sinnvoll, Konzepte für eine verträgliche räumliche Steuerung des Wachstums zu entwickeln. Wachstum ja, aber auch Steuerung des Wachstums! Auf diese Notwendigkeit müssen wir hinweisen.

Zum Schluss noch ein Wort zur Annäherung an Tschechien, die wir alle begrüßen. Ich möchte aber auch dazu bemerken, dass diese Entwicklung auf lokaler und kommunaler Ebene schon sehr lange eingeleitet worden ist. Seit 1993 gibt es die Euregio Egrensis, die damals auch von Marktredwitz und der Oberbürgermeisterin Dr. Seelbinder auf den Weg gebracht wurde. Diese Annäherung war sehr gut. Wenn jetzt davon gesprochen wird, dass Herr Seehofer so viel auf den Weg gebracht hat, möchte ich

daran erinnern, dass er erst seit 2008 im Amt ist. Das ist gleichzeitig eine schallende Ohrfeige für Herrn Stoiber, der diese Annäherung nicht gesucht hat. Das möchte ich hier ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER))

Ich freue mich, über die Ankündigung, dass eine deutsch-tschechische Hochschule entstehen soll. Aber warum wurde dann unser Vorstoß, unser Antrag, der mit einem Konzept unterlegt war, eine grenzüberschreitende Fachhochschule in Marktredwitz zu errichten, abgelehnt? Das wäre das richtige Zeichen für die Region in Hochfranken gewesen. Dass dieser Antrag abgelehnt wurde, verstehen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Weil das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse nach wie vor so wichtig ist und dies auch in die Bayerische Verfassung aufgenommen worden ist, wurde auf Initiative der SPD die Enquetekommission ins Leben gerufen. Sie wird von allen Parteien unterstützt. Das ist gut. Jetzt muss es aber darum gehen, konkrete Handlungsanweisungen zu erarbeiten und auf ihre Umsetzung zu achten. Dazu sind die 25 Maßnahmen, Herr Söder, durchaus sinnvoll. Wir werden das als Maßstab nehmen, was davon bis zum Ende der Legislaturperiode 2018 oder 2020 umgesetzt sein wird. Die meisten werden das noch erleben. Ich glaube, es ist gut, wenn wir zusammen mit allen Beteiligten, mit den Kommunen vor Ort, mit den kommunalen Spitzenverbänden und vor allem mit den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns, wieder ein Gleichgewicht schaffen, damit jeder das Land Bayern als seine Heimat erleben kann, wo er dahoam ist und dahoam bleiben darf, weil er in allen Regionen Chancen hat, sein Leben so zu gestalten, wie er möchte.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Markus Ganserer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wäre Bayern ohne seine Ureinwohner? Nein, ich meine damit nicht die Bayerwaldler oder die Allgäuer oder die im Stadtteil Gostenhof geborenen und aufgewachsenen Original-Nürnberger. Ich meine die Ausstattung unseres schönen Landes mit seiner ungeheuren Artenvielfalt. Nur bei rund 30 % der in Bayern vorkommenden rund 80.000 Arten reicht die Datenlage aus, um überhaupt eine Aussage über den Erhaltungszustand treffen zu können. Von denen wiederum stehen 40 % auf der Roten Liste.

Wenn man das Ziel der Bayerischen Staatsregierung in der Biodiversitätsstrategie ernst nehmen möchte, dann müsste sich bis 2020 der Erhaltungszustand bei rund 4.700 Arten deutlich verbessern. Sie, Herr Staatsminister, haben noch als zuständiger Umweltminister mit dem Artenschutzbericht eine umfassende Zustandsbeschreibung abgegeben. Zu dieser Herausforderung habe ich heute von Ihnen aber kein einziges Wort gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Buchenwälder, zum Beispiel im Steigerwald, beherbergen einen ungeheuren Schatz an Artenvielfalt. Den wollen wir nicht nur erhalten, sondern auch touristisch wertschätzen.

Natürlich wäre der Weltnaturerbe-Titel eine Auszeichnung und ein Aushängeschild für die ganze Region. Den Weltnaturerbe-Titel gibt es nicht zum Nulltarif. Ohne Schutzgebietsausweisung hat eine solche Bewerbung überhaupt keine Chance. Wenn man in der Champions League des Weltnaturerbes mitspielen will, dann kann man nicht mit Trittsteinkonzepten aus der Regionalliga antreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen halten wir die Ausweisung eines Nationalparks nach wie vor für die beste Lösung. - Neben der Intensivierung der Landwirtschaft ist der Flächenfraß die Hauptursache für das Artensterben. Boden ist ein nicht vermehrbares Gut. Täglich werden 18 Hektar unserer Heimat verbraucht. Übers Jahr hochgerechnet entziehen Sie mit dieser Flächenverbrauchspolitik im Prinzip 100 durchschnittlichen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben ihre Existenzgrundlage. Sie reißen diesen Betrieben buchstäblich den Boden unter den Füßen weg. Um bei Ihren Worten zu bleiben: Den Landwirten, die das Rückgrat des ländlichen Raumes sind, brechen Sie mit dieser Politik das Genick.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verantwortlich dafür ist die Strukturpolitik, insbesondere Ihre Verkehrspolitik. Herr Ministerpräsident Seehofer hat bei seiner Regierungserklärung die Koalition mit dem Volk beschworen. Mit den Straßenbauorgien, die Sie zum Bundesverkehrswegeplan anmelden, heizen Sie den Flächenverbrauch noch an und riskieren ohne jede Not einen Koalitionsstreit nach dem anderen. Ich nenne als Beispiel die Nordanbindung des Flughafens Nürnberg. Sie bedroht ein wertvolles Naherholungsgebiet und wird deswegen von der Mehrheit der Nürnberger Bürgerinnen und Bürger abgelehnt. Mittlerweile gibt es sogar einen Stadtratsbeschluss, der mit großer Mehrheit gegen dieses Projekt gefasst wurde. Ohne jeden verkehrlichen Bedarf halten Sie trotzdem an diesem Projekt fest. - Gleiches gilt für die B 131 neu im Landkreis Roth, gegen die sogar die IHK ist, die B 15 neu in Oberbayern oder die B 470 in Oberfranken, um nur wenige Beispiele aufzuzählen.

Der Irrglaube, dass mit zunehmendem Straßenbau automatisch mehr Arbeitsplätze entstehen würden, ist längst widerlegt. Der Landkreis Hof beispielsweise genießt mit die höchste Autobahndichte, hat aber im landesweiten Schnitt gesehen dennoch eine relativ hohe Arbeitslosenquote. Ich selbst bin auf dem Land aufgewachsen und weiß aus eigener Erfahrung, wie mobilitätseingeschränkt Menschen ohne Führerschein oder eigenes Auto sind. Deswegen muss eine zukunftsgerichtete Mobilitätspolitik für

weniger Straßenverkehr und für Mobilität für alle Menschen in allen Landesteilen sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute nutzen deutlich mehr Menschen die Bahn, und es fahren wesentlich mehr und modernere Züge. Die Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs ist ein wahrer Erfolg in der Verkehrspolitik und zeigt, dass eine Verkehrsverlagerung möglich ist, wenn die entsprechenden Angebote gemacht werden. Im ganzen Land organisieren sich deswegen Bürgerinitiativen zur Reaktivierung einst stillgelegter Eisenbahnstrecken.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Ganserer, lassen Sie eine Zwischenbemerkung des Kollegen König zu?

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, nachher. - Bei der für den ländlichen Raum wirklich wichtigen infrastrukturpolitischen Weichenstellung zur Schienenreaktivierung sitzt die Staatsregierung aber im Bremserhäuschen. Dafür halten Sie an der zweiten S-Bahn-Röhre in München fest. Die Baukosten dafür klettern mittlerweile auf 2,5 Milliarden Euro, und die Finanzierungslücke wird immer größer. Natürlich braucht auch das S-Bahn-Netz in München Verbesserungen. Aber die zweite Röhre löst das Problem nicht, weil die Hauptverspätungen in den Außenästen eingefahren werden und weil die zweite Röhre viel zu teuer ist. Auf keinen Fall dürfen wichtige Projekte im ganzen Land über Jahre hinweg auf die lange Bank geschoben werden, während Sie das ganze Geld in München in der zweiten Röhre versenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Festhalten an der dritten Startbahn am Flughafen München erzeugen Sie Heimatvertriebene im eigenen Land, nämlich im Erdinger Moos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie halten an der dritten Startbahn fest, obwohl die Zahl der Starts und Landungen seit Jahren rückläufig ist und damit eine dritte Startbahn überhaupt nicht notwendig ist. Von 2008 bis 2013 ist die Zahl der Starts und Landungen um 12 % zurückgegangen. Gegenüber der Prognose von Intraplan macht der Rückgang sogar 25 % aus. Das beweist, dass man die dritte Startbahn verkehrlich nicht begründen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann behaupten Sie, die dritte Startbahn sei für das Wohlergehen des ganzen Landes notwendig. Schon der Bürgerentscheid in der Landeshauptstadt München hat gezeigt, dass nicht einmal in München die Mehrheit der Bevölkerung daran glaubt.

Führen Sie diese Debatte einmal in Nürnberg! Der dortige Flughafen ist seit Jahren in einer wirtschaftlichen Notlage. In Nürnberg tragen wir die kommunalen Zuschüsse für den Flughafen mit. Die wirtschaftliche Notlage des Flughafens Nürnberg ist nicht nur der Entwicklung im Luftverkehrsmarkt hin zu größeren Maschinen geschuldet; der Flughafen Nürnberg leidet vor allem unter seiner geographischen Lage zwischen den beiden großen Flughäfen Frankfurt und München. Mit dem Bau der dritten Startbahn würden Sie den Flughafen Nürnberg noch mehr in Bedrängnis bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die inflationäre Ausweisung von Gewerbegebieten hat mein Kollege Hartmann schon kritisiert. Ich hielte es für eine Katastrophe, wenn die Staatsregierung mit der Bereitstellung von Flächen im Staatswald als Verfügungsmasse, wie zum Beispiel in Weiden, diese Entwicklung noch befeuern würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines muss ich Ihnen wirklich lassen, Herr Söder. Sie verstehen es geschickt, pressewirksam Schwerpunkte zu setzen. Oft handelt es sich aber nur um einen PR-Gag statt um eine wirklich neue Politik. Der Nordbayern-Plan enthält viele wunderbare Maßnahmen. Die wollen wir auch nicht kritisieren. In Wirklichkeit aber ist davon eine ganze

Reihe schon vor Jahren beschlossen worden, bereits am Laufen oder vor Jahren versprochen, aber bisher noch nicht finanziert worden. Bei vielen anderen Maßnahmen, die angekündigt worden sind, ist kein Zeithorizont für die Realisierung erkennbar. Deswegen handelt es sich beim Nordbayern-Plan in Teilen auch um alten Wein in neuen Schläuchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im ländlichen Raum gibt es keine Angst vor steigenden Mietpreisen wie in München, wie Sie es in Ihrer Rede betont haben, Herr Minister Söder. Viele Kommunen haben vielmehr ein Problem mit dauerhaft hohen Leerständen wegen sinkender Nachfrage nach Wohnraum. Diesen Kommunen und Regionen gilt es natürlich zu helfen. Sie von der Mehrheitsfraktion haben dazu vor wenigen Wochen drei Anträge mit der schön klingenden Überschrift "Den Menschen die Heimat erhalten" eingebracht. Die Intention der Anträge ist wunderbar und geht in die richtige Richtung. Die Anträge sind auch gut gemeint, aber schlecht gemacht. Der Absicht, den Dörfern mit wohlklingenden Anträgen bei der Entwicklung der Ortskerne und bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unter die Arme zu greifen, steht die Realität im Doppelhaushalt entgegen; denn wo die Mittel für die Wohnraumförderung sollen gekürzt werden.

In Ballungsräumen, in denen ebenso Menschen wohnen, deren Heimat die Stadtteile sind, gehen die Mietpreise nach oben. Für viele Normalverdiener sind die Mieten kaum noch erschwinglich. Für sozial Schwache ist die Lage in den Ballungsräumen schlicht katastrophal. Im letzten Jahr sind über 6.000 Sozialwohnungen in Bayern aus der Sozialbindung gefallen. Die Wohnraumförderung stagniert seit Jahren auf einem konstant niedrigen Niveau. Das "Jahr des Wohnungsbaus" ist noch nicht einmal zu Ende, und schon setzen Sie bei der Wohnraumförderung den Rotstift an und wollen diese Mittel um 50 Millionen Euro kürzen.

Herr Söder, im "Landwirtschaftlichen Wochenblatt" vom 18. April dieses Jahres werden Sie mit den Worten zitiert, Rückbau wäre absurd, wäre Kapitulation. Da gebe ich

Ihnen recht. Wie wollen Sie es aber anders bezeichnen, wenn Kommunen, wie es zum Beispiel erst diese Woche im Münnerstädter Stadtrat beschlossen wurde, ihre Hallenbäder dicht machen oder abreißen müssen oder wenn sie Freibäder zuschütten müssen, weil sie sich den Unterhalt oder die Sanierung nicht mehr leisten können? Hier wären gerade Sie als Finanzminister gefragt, eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen sicherzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in allen Landesteilen und in den ländlichen Räumen sehr erfolgreiche wirtschaftliche mittelständische Betriebe. Deswegen haben Sie vollkommen recht, wenn Sie sagen, dass man nicht alles schlechtreden soll. Das wollen wir auch nicht. Diese Betriebe werden beim demografischen Wandel in Zukunft vor allem mit dem Fachkräftemangel ein Problem haben. Deswegen müssen wir auf ihre Fragen Antworten finden. Deswegen hat aus unserer Sicht der Staat auch dafür Sorge zu tragen, dass Menschen in ganz Bayern, in allen Landesteilen gleiche Chancen haben. Aber während in München knapp die Hälfte der Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife erreicht, sind es in den ostbayerischen Landkreisen Tirschenreuth und Freyung-Grafenau gerade einmal 13 %. Auch die Kinderbetreuung im ländlichen Raum ist deutlich schlechter als in den Ballungsräumen. Mit derart schlechten infrastrukturpolitischen Voraussetzungen und Standortfaktoren ist es natürlich schwer, Fachkräfte aus den Ballungsräumen abzuwerben, vor allem dann, wenn sie Kinder haben. Deswegen müssen wir vor allem im ländlichen Raum der Jugend eine Zukunft und eine Chance geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Should I stay or should I go now?" – So hat die Katholische Landjugend Bayern die Frage, die sich ihr stellt, treffend formuliert. Den heute von Ihnen angekündigten Heimatpreis als alleinige Antwort auf diese Frage halten wir definitiv für zu wenig.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich bin gleich fertig. - Zusammenfassend lässt sich sagen: Wenn das Heimatministerium nicht zu einem Heimatzerstörungsministerium werden will, brauchen wir eine Landesplanung, die auf Verkehrsvermeidung und Reduzierung des Flächenverbrauchs setzt. Wir brauchen neben den notwendigen Infrastrukturmaßnahmen natürlich auch soziale und kulturelle Infrastrukturen im ganzen Land, die es zu erhalten gilt. Gerade die weichen Standortfaktoren machen das Leben in der Heimat lebenswert. Als Ausblick möchte ich noch sagen: Die Debatte um gleichwertige Lebensverhältnisse ist mit der heutigen Regierungserklärung nicht beendet. Die Enquetekommission hat gerade erst ihre Arbeit aufgenommen. Zusammen mit den Expertinnen und Experten werden wir nicht nur die Fragen der Wirtschaftsförderung, sondern auch die der kommunalen Finanzausstattung, der Bildung und der gleichwertigen Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse im Land diskutieren und entsprechende Lösungsansätze präsentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Ganserer, Frau Kollegin Brendel-Fischer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Kollege Ganserer, ich habe es nicht verstanden, und wahrscheinlich haben es auch die meisten hier im Plenarsaal nicht verstanden. Wie kommen Sie dazu, zu behaupten, in den Ballungszentren sei die Kinderbetreuung herausragend, im ländlichen Raum sei sie aber ein Problem, was dazu führe, dass dort keine Fachkräfte gewonnen werden könnten? Sie sollten sich dazu doch einmal die aktuelle Datenlage anschauen, die übrigens seit Jahren besteht. Insbesondere durch den U3-Ausbau ist das optimal ausgestaltet. Insbesondere die kleinen

Kommunen haben sich unabhängig von ihrer Finanzkraft in den letzten Jahren wahn-
sinnig dafür engagiert. Ich finde es tragisch, dass Sie das so zur Sprache bringen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Ganserer, Sie haben das Wort.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Schauen Sie sich die
Zahlen und die Situation an. Die Abiturientenquote in den Ballungsräumen ist wesent-
lich höher als im ländlichen Raum.

(Widerspruch bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen eines: In der Großstadt habe ich den luxuriösen Vorteil, dass ich mir
die Schulen für meine Kinder aussuchen kann. Wenn es Probleme in der Schule gibt,
können die Eltern Gastschulanträge stellen, und die Kinder können problemlos an ein
anderes Gymnasium wechseln.

(Widerspruch bei der CSU)

Im ländlichen Raum sind die Gymnasien weiter voneinander entfernt. Die Grundvo-
raussetzungen und Lebensbedingungen sind in der Stadt und im ländlichen Raum
verschieden. Für eine Fachkraft oder für Eltern mit Kindern ist es angenehmer, in Bal-
lungsräumen zu leben als im ländlichen Raum.

(Beifall bei den GRÜNEN – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das ist nicht wahr!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster
hat Herr Kollege Thomas Huber von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Söder, ich habe heute zugehört, und ich
bin begeistert – wie im Übrigen die gesamte CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich wundere mich sehr, dass mit Ausnahme der letzten beiden Redner von niemandem erwähnt wurde, worum es eigentlich heute geht. Es geht um die langfristige Bewältigung des demografischen Wandels in unserem Land. Als demografiepolitischer Sprecher unserer Fraktion bin ich sehr dankbar, dass unser Staatsminister in seiner Regierungserklärung neben der Energiewende und den weltweiten Flüchtlingsströmen die größte Herausforderung, die wir zu bewältigen haben, einleitend genannt hat. Diese Herausforderung müssen wir gemeinsam bewältigen. Wir müssen eine Antwort auf die demografische Entwicklung geben und heute Maßnahmen vorstellen, mit denen Bayern den demografischen Wandel bewältigen will und bewältigen wird. Erlauben Sie mir, diese Maßnahmen aus meiner Sicht noch im Einzelnen zu untermauern.

Herr Dr. Rabenstein, der demografische Wandel ist keine bayerische, sondern eine nationale und sogar globale Entwicklung, die mit einer zunehmenden Verstädterung einhergeht. Während 1950 noch 70 % aller Menschen auf unserer Erde auf dem Land lebten, wohnen seit dem Jahr 2006 erstmals mehr Menschen in den Städten. Nach Prognose der UNO wird der weltweite Anteil der städtischen Bevölkerung bis zum Jahr 2030 auf über 60 % ansteigen. In stärker entwickelten und bereits stark urbanisierten Ländern – dazu zählt natürlich auch Deutschland – werden im Jahr 2030 sogar über 84 % der Menschen in Städten leben. Selbst in China, dem flächenmäßig viertgrößten Land der Erde, hat sich dieser globale Trend im Jahre 2011 gezeigt. Unser Ministerpräsident hat China in der vergangenen Woche besucht und hat, anders als Frau Bause, viel für unser Land erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Seither leben in China mehr Menschen in der Stadt als auf dem Land. Die Zahl der Stadtbewohner – dieses Beispiel nenne ich exemplarisch – hat dort in den vergangenen zehn Jahren um über 200 Millionen Menschen zugenommen. Das ist eine für uns in Europa unvorstellbar hohe Zahl.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei uns in Bayern ist dieser globale Trend zur Verstädterung, der eine Fülle von Problemen im Bereich der Infrastruktur, des Wohnraums und des Umweltschutzes mit sich bringt, erfreulicherweise nicht oder noch nicht fortgeschritten. Bei uns leben über 8 Millionen Menschen im ländlichen Raum, der etwa 80 % der Fläche des Freistaats einnimmt. Das sind mehr als 60 % der bayerischen Bevölkerung. Die Bewahrung dieses ländlichen Raums als Lebensmittelpunkt möglichst vieler Menschen und damit auch unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Herr Kollege Ganserer, ist deshalb eine große Herausforderung, der wir uns von der CSU-Fraktion stellen. Wir wissen, dass es nur dort lebensfähige Städte gibt, wo auch die ländlichen Räume lebensfähig sind. Die Stadt München könnte ohne die sie umgebenden Landkreise nicht überleben und umgekehrt. Als Stichwort nenne ich die zweite S-Bahn-Stammstrecke. Ländliche Räume ohne Perspektive führen dazu, dass die Städte im wahrsten Sinne des Wortes ersticken. Die chinesische Hauptstadt Peking ist mit ihrem Dauersmog dafür das beste und zugleich das traurigste Beispiel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während die meisten anderen deutschen Länder bereits jetzt bzw. in den kommenden Jahren einen Rückgang ihrer Bevölkerung verkraften müssen, ist das bei uns nicht der Fall. Die bayerische Bevölkerung wird nach allen Vorausberechnungen bis zum Jahr 2023 sogar bis auf knapp unter 13 Millionen Einwohner leicht wachsen. Danach wird die Bevölkerung in Bayern, wie bereits heute schon im deutschen Trend, wieder langsam zurückgehen. Allerdings – damit setzen wir uns in unserer Arbeitsgruppe Demografie intensiv auseinander – verläuft die demografische Entwicklung, wie heute mehrmals angesprochen, in Bayern regional stark unterschiedlich. So wird die Bevölkerung in vielen Gebieten bis zum Jahr 2030 weitgehend konstant bleiben, vor allem in Oberbayern, regional zum Teil noch stark wachsen. Dazu gehört auch die Metropolregion München inklusive meines Heimatlandkreises Ebersberg, dessen Einwohnerzahl in den letzten 25 Jahren um ein Drittel gewachsen ist und weiterhin stark wachsen wird. Wir müssen uns mit der von Tausenden von Menschen gestellten brennenden Frage auseinandersetzen, wie wir in den

Ballungsräumen für Entspannung sorgen können. Einzelne Maßnahmen wurden heute seitens unseres Ministers genannt.

Ich nenne nur exemplarisch die angedachten Behördenverlagerungen, die ein beispielhaftes und adäquates Mittel der Strukturpolitik sind, um an dieser Stelle anzusetzen. Herr Ganserer hat das Thema Wohnraumförderung angesprochen. Wir werden uns weiter im Bereich der Wohnraumförderung engagieren, um ausreichend neue Wohnungen bauen zu können. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden 7 % mehr Wohnungen in Bayern zum Bau freigegeben, alleine in Oberbayern waren es 17 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichzeitig gibt es in Nord- und Ostbayern etliche Landkreise und kreisfreie Städte, in denen die Bevölkerungszahlen weiter zurückgehen werden. Diesen Trend sehen wir ebenfalls. Bis zum Jahr 2030 reicht die Spannweite von minus 20 % – ich schaue zum Kollegen Martin Schöffel im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge – bis zu plus 15,7 % im Landkreis München – liebe Kerstin Schreyer-Stäblein und liebe Kollegen aus dem Ballungsraum München. Deshalb stehen wir in Bayern vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits müssen wir das Wachstum in den Ballungsräumen adäquat gestalten und Potenziale vorausschauend nutzen, andererseits müssen die ländlichen Regionen gestärkt werden, um diese für junge Menschen attraktiver zu machen. Ich freue mich, dass Sie, lieber Herr Staatsminister, heute angekündigt haben, dass Orte in strukturschwachen Räumen im gesamten Land, in denen zunehmend Versorgungslücken für die Bevölkerung entstehen, besonders entwickelt werden sollen; denn das ist wichtig, um den Menschen dort eine Zukunftsperspektive zu bieten.

Neben der Stärkung der Infrastruktur inklusive attraktiver Schulen und Hochschulen, gerade in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, kommt auch dem Ausbau des schnellen Internets eine herausragende Bedeutung zu. Heute habe ich den Reden entnommen, dass wir uns fraktionsübergreifend darin einig sind, dass das Breitbandförderprogramm europaweit seinesgleichen sucht. Das Programm wurde mit 1,5 Milli-

arden Euro ausgestattet. Für die Menschen und Unternehmen im ländlichen Raum ist es von elementarer Bedeutung und ein Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. Aus meinem Stimmkreis kann ich vermelden, dass sich alle 21 Gemeinden im Förderverfahren befinden.

Weil wir gerade beim Stichwort Digitalisierung sind, möchte ich den Punkt BayernPortal erwähnen. Viele von der Opposition haben, wie heute in der WLAN-Diskussion deutlich wurde, noch nicht verstanden, was es bedeutet, einen zentralen Zugang zu allen bayerischen E-Government-Anwendungen zu schaffen. Dieser Zugang ermöglicht es jeder Bürgerin, jedem Bürger und jedem Unternehmer, seine Behördengänge unabhängig von Wohnort oder Uhrzeit online zu erledigen. Herr Muthmann, zu Ihnen habe ich eine kleine Anmerkung. WLAN ist nicht nett. Freies WLAN im ländlichen Raum soll dies unterstützen und ermöglichen. Eine weitere Info: Man muss nicht erst in eine Behörde gehen, um diese Technologie zu nutzen. Wir wollen ja gerade, dass die Daten laufen und nicht die Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Der Bayerische Städtetag hat übrigens diese Neuerung als Meilenstein bezeichnet, um E-Government in der Fläche voranzubringen. Das ist nicht nur für die Zusammenarbeit des Freistaats mit seinen Kommunen ein wichtiges Element bei der Fortschreibung des E-Government-Pakts, sondern bedeutet gerade auch für die in den kommenden Jahren sehr stark steigende Zahl älterer Menschen einen enormen Vorteil; denn die meisten Verwaltungskontakte finden auf kommunaler Ebene statt.

Um den Menschen vor Ort auch in Zukunft qualitativ hochwertige Arbeitsplätze bieten zu können, wollen wir durch eine stärkere Regionalisierung der Wissenschaft die Innovationsfähigkeit gerade in strukturschwächeren Regionen stärken. Dazu gehören beispielsweise die Konversion von Bundeswehrräumen und die Verlagerung von Behörden in strukturschwächere Regionen. Dabei sind wir, Herr Minister, für die Zusage

dankbar, dass es keine Zwangsversetzungen geben und die Personalvertretung einbezogen wird.

Ich begrüße auch, dass gerade in strukturschwächeren und grenznahen Räumen in Ost- und Südbayern durch ein maßvoll gelockertes Anbindegebot neuer Schub gegeben werden soll. Wer es noch nicht verstanden hat: Das kommt den dortigen Unternehmen zugute und trägt dazu bei, jungen Menschen im ländlichen Raum attraktive berufliche Perspektiven zu bieten und sie nicht, wie in vielen anderen Ländern dieser Erde, in die Ballungsräume zu zwingen und zu drängen. Dazu gehört auch, dass wir die grenzüberschreitenden Initiativen zwischen Bayern und Tschechien zum Vorteil beider Seiten fortentwickeln.

Die CSU unterstützt ihre Kommunen nicht nur durch eine Erhöhung im FAG - der Finanzausgleich sucht mit einem Volumen von 8,3 Milliarden Euro seinesgleichen -, sondern wir werden den demografischen Herausforderungen auch gemeinsam begegnen, so wie es unser Minister heute angesprochen hat. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, eine Teamaufgabe. Staat und Kommune gehen Hand in Hand. Mit der neuen Servicestelle "Bayern Regional" steht auch unseren Kommunen künftig – das ist ein weiterer Vorteil – ein kompetenter Ansprechpartner zur Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen zur Verfügung. Das ist unsere Vorstellung von Team und Gemeinschaft, liebe Frau Karl.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher, dass die in dieser Regierungserklärung genannten Maßnahmen wesentlich dazu beitragen werden, den demografischen Wandel in Bayern erfolgreich zu bewältigen.

Herr Dr. Rabenstein, Sie haben uns vorhin Ihre Sicht der Realität vorgestellt. Aber Ihre Vorstellung der Realität entspricht nicht unserer Vorstellung von Heimat. Sie haben gesagt: Es hat sich nichts geändert. – Ich möchte nur kurz das Beispiel der Arbeitslosenzahlen in Bayern nennen. Wir haben aktuell in Bayern eine Arbeitslosenquote von im Durchschnitt 3,4 % zu verzeichnen, im Bund liegt sie im Durchschnitt bei 6,3 %.

Von Mai bis heute gab es eine Verbesserung um 0,2 Prozentpunkte. Zum Vergleich: Die Zahlen liegen in Berlin über und in Bremen bei circa 11 %. Die Spreizung zwischen den Regionen ist bei uns in Bayern am geringsten. In Bayern gibt es 5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das ist ein historischer Spitzenwert. Wie dramatisch die Arbeitslosenzahl und die Jugendarbeitslosigkeit in anderen Ländern, vor allem in den südeuropäischen Ländern ist, wissen Sie alle genauso gut wie ich. Das brauche ich nicht zu erklären. Wir haben den höchsten Anstieg beim Bruttoinlandsprodukt zu verzeichnen. So lag er in den Jahren 2008 bis 2012 beispielsweise bei 6 %. In Deutschland betrug der Anstieg nur 2,5 %. Wir haben mit 76,2 % die höchste Beschäftigungsquote bundesweit zu verzeichnen. Zugleich ist bei uns die Beschäftigungsquote von Migranten mit 71 % am höchsten. – Ich sage nur so viel zur Aussage, in Bayern hat sich nichts geändert.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wollen Sie damit sagen, das ist alles das Verdienst der CSU? – Gegenrufe von der CSU: Jawohl! – Beifall bei der CSU)

- Das habe ich nicht behauptet. Das ist das Verdienst Bayerns, bayerischer Unternehmen, der bayerischen Politik und der Menschen in Bayern.

Ich danke unserem Minister sehr herzlich für die Konzeption dieser Heimatstrategie.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich danke für die aktive Einbindung unserer Arbeitsgruppe, die sich aus 16 Abgeordneten aus ganz Bayern zusammensetzt. Wir zeigen damit einmal mehr, dass für uns Chancengerechtigkeit, nicht Chancengleichheit, und gleichwertige Lebensbedingungen überall in Bayern oberste Ziele sind. Übrigens ist das ein Verfassungsziel, dem im letzten Jahr ein Großteil der bayerischen Bevölkerung zugestimmt hat. Um diese Ziele in der Praxis erreichen zu können, wird es in den kommenden Jahren auch darauf ankommen, dass wir alle die demografische Entwicklung in alle anstehenden Entscheidungen einbeziehen. Dafür wurden heute 25 Maßnahmen in einem Konzept vorgestellt.

Abschließend zitiere ich Herrn Professor Sinn, den Präsidenten des ifo-Instituts, der zu Recht darauf hingewiesen hat, dass es beim demografischen Wandel um ganz langfristige Entwicklungen geht, und gleichzeitig beklagt, die Bundes- - Entschuldigung, das war ein Freudscher Versprecher –, die Politik reagiert meist erst, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. – Wir in Bayern nehmen diese Warnung ernst und haben früher als alle anderen deutschen Länder die Weichen zur erfolgreichen Bewältigung des demografischen Wandels gestellt. Das geschah in der letzten Wahlperiode mit dem Aktionsplan Bayern, das geschieht in dieser Wahlperiode mit der vom Kabinett beschlossenen Heimatstrategie und mit den in der Regierungserklärung heute vorgestellten 25 Maßnahmen. Ich bin mir sicher, wenn man den demografischen Wandel rechtzeitig und richtig gestaltet, kann man die Chancen nutzen, die er bietet. Wir tun das, weil wir wollen, dass es den Menschen in ganz Bayern gut geht.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich über eines verwundert zeigen. Man muss ganz ehrlich sagen, andere Bundesländer reagieren auf die demografische Herausforderung meistens nur mit einer Antwort: Dann zieht halt in die Stadt! – In anderen Bundesländern wird nur beklagt und nicht gehandelt. Der Freistaat Bayern gibt sich wirklich, und zwar nicht nur heute, Mühe, diesem Prozess entgegenzutreten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Deswegen finde ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir uns nicht im Kleinen verlieren, sondern die Aufgabe gemeinschaftlich angehen. Das ist eine Sache von allen in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin mir angesichts der Reden am Anfang nicht ganz sicher, ob alles von dem durchgedrungen ist, was wir heute diskutieren wollen. Zunächst komme ich zum FAG. Stellvertretend für die Kommunen insgesamt zitiere ich den Präsidenten des Städtetages Ulrich Maly, der wirklich kein Kostgänger der CSU ist: In keinem anderen Bundesland werden Kommunen allein für Asylleistungen finanziell so sehr unterstützt. - Wir zahlen also nicht nur gemäß dem FAG, sondern wir helfen auch den Kommunen, wenn es schwierig wird, meine Damen und Herren, und zwar in Rekordleistung.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin gerne bereit, den 169 Gemeinden, die eine Stabilisierungshilfe bekommen haben, zu schreiben. - Übrigens habe ich vorhin das Wort Ostbayern in so vielen unterschiedlichen Formen verwendet, dass man eher die Frage stellen kann, ob es nicht für den einen oder anderen zu viel war. Dazu habe ich eine SMS bekommen. – Schwaben, sagt Klaus Holetschek. Er hat trotzdem eine gute Rede gehalten. Meine Damen und Herren, angenommen, ich schreibe diesen 169 Gemeinden: Empfindet ihr euch als Almosenempfänger? Seid ihr der Meinung, wir sollen es lieber lassen? – Ich bekomme auch von Oppositionsabgeordneten regelmäßig Briefe, in denen darum gebeten wird, bei diesen Stabilisierungshilfen dabei zu sein. Wir stimmen sie mit kommunalen Spitzenverbänden ab. Es gibt wirklich ein Signal der Hilfe und Unterstützung. Ich halte die Stabilisierungshilfen für wichtig. Ich hätte sie lieber höher als niedriger, meine Damen und Herren; denn dort kommt das Geld gut an, wenn ich das sagen darf.

(Beifall bei der CSU)

Widersprüche und Kritik: Beim Thema Behördenverlagerung sind Sie, muss ich sagen, ein bisschen hin- und hergerissen. Einerseits fragt man: Lohnt sich das denn? Das bringt doch gar nichts, das ist zu wenig. Aber die kleine Gerichtsaußenstelle muss es unbedingt sein! – Meine Damen und Herren, wir müssen uns schon entscheiden, was wir wollen. Wir haben 1.500 vorgeschlagen. Übrigens könnte das auch schneller gehen. Aber ich bin schon dafür, dass wir mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darüber sauber und fair diskutieren. Natürlich man kann es schneller machen, aber Gründlichkeit geht an der Stelle vor Schnelligkeit. Wir haben an dieser Stelle auch eine Personalverantwortung zu tragen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen noch einmal, damit sie verstehen, was die Idee ist: Das kann eine Einzelbehörde sein, das kann eine Zusammenfassung von Behördenteilen zu einem Behördenzentrum sein, es kann aber auch sein, dass wir vorhandene Behördenstandorte aufstocken, um mehr Zentralität zu erreichen.

Lassen Sie uns beim Breitbandausbau etwas Zeit. Frau Karl, Sie haben im Mai dieses Jahres – heute haben Sie es gelobt, das respektiere ich, danke – bezweifelt, ob der Breitbandausbau vorangeht. Ich verstehe, dass die Opposition ungeduldig ist. Ein bisschen Realismus muss aber schon sein. Die FAU Nürnberg hat zum Beispiel beschlossen, bis zum Jahr 2030 5.000 Studierende in einen strukturell schwachen Stadtteil in der Verbindung Nürnberg-Fürth zu setzen. Eine Woche später kommt die Anfrage der SPD: Wann ist das umgesetzt? Wie geht das? Warum ist das noch nicht längst passiert? – Liebe Freunde, meine Damen und Herren, man muss das Ganze schon seriös machen, das heißt, wie beim Breitbandausbau. Seit einem Jahr gibt es das Heimatministerium. Jeder hat gesagt: Das schaffen die nie, soll der ruhig machen, das schafft er nicht. Wir haben uns in diesem einen Jahr auf den Hosenboden gesetzt, haben mit den Kommunen diskutiert, haben das Programm komplett überarbeitet, waren bei der EU, haben das 1 : 1 umgesetzt und geben uns Mühe, das mit einer guten Vermessungs- und Breitbandverwaltung ohne neue Stellen ins Land zu tragen.

Meine Damen und Herren, das gelingt uns. Jetzt fragt mich jemand: Wozu braucht man ein Heimatministerium? – Das allein ist ein Beleg für erfolgreiche Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Zu den IT-Labs – Herr Muthmann, das war etwas mutlos – will ich nur sagen: Das geht nicht nach Vilshofen, weil Franz Meyer von dort kommt. Ich habe mir in dem Programm überlegt, das zu tun, was in einer überschaubaren Zeit finanziell sinnvoll umsetzbar ist, und keine Wolkenkuckucksheime zu verkünden. Die IT-Labs, die Bayern-Labs, sollen in regionalen Netzwerken mit Fachhochschulen vernetzt sein; sie sollen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise für Videokonferenzen, und von Schulen und Verbänden als leistungsfähiger Internetstandort im ländlichen Raum nutzbar sein. Dazu nutze ich die Standorte, die in kürzester Zeit dafür ausbaubar sind, und zwar mit einem sinnvollen und maßvollen Einsatz, sonst bekomme ich nämlich Ärger mit dem Haushaltsausschuss. Ein solches BayernLab kann bis zu 300.000 Euro kosten. Das ist nicht viel angesichts der Chance, die damit entsteht. Vilshofen wurde deswegen ausgewählt, weil das dort relativ gut passt.

Beim WLAN haben Sie den Hintergrund noch nicht bis ins Letzte durchdrungen, das kommt aber sicherlich noch. Warum ist bislang nichts passiert, oder warum ist das schwer? – Eine hat gesagt, in Südkorea sei das toll, der andere, in Cham. Ganz spannend war die Bandbreite. Das Problem ist erstens die rechtliche Situation, die der Bund ändern kann. Wenn das Bundeswirtschaftsministerium mithilft – das wird übrigens nicht von uns geführt –, können bei Beseitigung der sogenannten Störerhaftung enorme Möglichkeiten für freies WLAN geschaffen werden.

Wenn wir, zweitens, über die Behördenstandorte gehen, dann haben wir in der Regel die zentrale Örtlichkeit erreicht; denn wo sonst als in der Nähe von Marktplätzen sind unsere Ämter, meine sehr verehrten Damen und Herren? Deswegen hat das durchaus Sinn. Wir müssen Nähe schaffen, wo freies WLAN möglich ist. Deswegen verfolgen wir genau diese Ziele: Beseitigung der Störerhaftung, Ausbau der eigenen Behörden-

WLAN-Strukturen, und zwar auch mit einem neuen Provider, der das mitfinanzieren kann, und Anschluss der Gemeinden über den E-Government-Pakt, sodass wir tatsächlich in jeder Gemeinde einen zentralen Platz finden, an dem freies WLAN möglich ist. So ist das Konzept, und das klappt auch.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Super!)

Dann zum Thema Förderprogramm, Herr Muthmann, weil Sie meinten, das kriegen wir nie hin, wir haben Förderprogramme, die müssen wir noch lesen, die muss man synchronisieren, das klappt nie. – Eine gewisse Frusterfahrung gegenüber bürokratischen Prozessen kennt jeder, das ist okay. Da es aber gelungen ist, einen Satelliten zehn Jahre lang zu fliegen und mit einer Minute Verspätung auf einem Asteroiden zu landen – ob die Deutsche Bahn das geschafft hätte, weiß ich nicht –,

(Allgemeine Heiterkeit)

dann sollte es bei fast 2.000 IT-Spezialisten in unserem Geschäftsbereich möglich sein, die Förderprogramme übereinanderzulegen und eine Navigationssoftware zu entwickeln, die es ermöglicht, nach der Eingabe von zwei oder drei Parametern das richtige Programm zu finden. Das haben wir bei der Energie geschafft, das haben wir beim Bayernatlas geschafft, und auch das werden wir schaffen, meine Damen und Herren. Die Ambition haben wir.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Bravo!)

Ich komme jetzt zum Anbindegebot und zu den GRÜNEN. Ich kenne Ballungsräume, glaube ich, ganz gut, Herr Hartmann. Ich bin dort aufgewachsen, dort lebe ich, und dort werde ich wahrscheinlich auch bleiben. Wenn Sie sich einmal die Stadtteile anschauen, die Vorstädte, nicht nur den Hochglanzteil in der Mitte und nicht nur ganz tolle Städte, wo nie ein Problem ist, wenn Sie sich einmal die Nürnberger Vorstadt anschauen, dann sehen Sie: Dort gibt es keinen Metzger mehr, dort gibt es kaum mehr einen Bäcker. Entlang der Ausfahrtstraßen sind all die Märkte. Überall in Bayern wer-

den Märkte angesiedelt. Es kann gar nicht so viele Heimwerker geben, wie es in meinem Stadtteil Baumärkte gibt, meine Damen und Herren. Das ist doch die Realität. Dort sagen wir: Da ist alles gut, da ist alles sinnvoll, den Metzger wollen wir halten. Es gibt ihn aber schon lange nicht mehr, weil nur in den Supermärkten eingekauft wird. Auf der anderen Seite sagen wir: Der ländliche Raum darf am besten gar nichts machen, wir wollen den ländlichen Raum so bewahren, wie er ist, wenn die Bevölkerung weniger wird, dann bekommt er mehr Geld. Ich finde es manchmal unverschämt, dem ländlichen Raum immer zu sagen: Du bist vielleicht ein Bittsteller. – Gebt denen die Chance, selbst etwas zu machen! Die Bürgermeister können das doch.

(Beifall bei der CSU)

Uns geht es nicht darum – ich glaube, ich habe es dreimal gesagt –, draußen Einzelhandel zu schaffen, sondern Gewerbe und Technologieeinheiten anzusiedeln. Wir wollen Arbeitsplätze ansiedeln. Anbindung, Ansiedlung und Arbeitsplätze gehören zusammen. Mit einem Heimatprogramm können wir die Geburtenrate nicht unmittelbar beeinflussen. Das sind andere Themenfelder. Das geht aber nicht so leicht. Ich habe meinen Beitrag erbracht. Entscheidend ist, dass wir Zuwanderung und Zuzug attraktiv machen, damit aus den Räumen nicht auch noch weggezogen wird, damit junge Leute dort bleiben können. Das geht mit Bildungseinrichtungen, das geht aber auch mit Arbeitsplätzen. Ohne Arbeitsplätze – täuschen wir uns nicht – ist alles andere nichts wert.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Eine Erleichterung, eine Möglichkeit zu schaffen, ergibt durchaus Sinn. Wenn man sagt, der bayerische Flächenverbrauch steigt damit weiter, dann sage ich eines: Wir haben dort doch eher das Problem, dass wir zu viel freie Fläche haben. Herr Hartmann, eine Empfehlung: Fahren Sie nicht nach China, sondern fahren Sie besser nach Oberfranken, dort können Sie echte Probleme sehen. Dort brauchen wir mehr Anbindemöglichkeiten.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Straßen, Herr Ganserer: Sie spielen sich hier als Retter des Nürnberger Flughafens auf und sagen gleichzeitig, der Nürnberger Flughafen hat ein Problem, weil er zwischen den Flughäfen Frankfurt am Main und München liegt. Das stimmt, das ist geografisch richtig. Da sind wir d'accord. Wenn dem so ist, dann braucht er mehr Service, mehr Ideen und eine bessere Verkehrsanbindung. Der Nürnberger Flughafen ist von diesen drei Flughäfen der einzige, der nicht direkt über die Autobahn erreichbar ist. Man muss über Feld- und Wiesenwege fahren, um dorthin zu finden. Sie sind derjenige, der in Nürnberg und sonst wo alles dagegen tut, dass dieser Flughafen besser erreichbar ist. Das ist unfair und nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen in aller Freundschaft: Es ist auch nicht logisch zu sagen, wir wollen weniger Straßen, aber mehr Mobilität, wir wollen in den Städten eine maßvolle verkehrliche Erreichbarkeit. Wenn dann aber ein Verkehrsprojekt ansteht, das weniger Straße und mehr Schiene, mehr maßvolle Anbindung des Umlands an die Stadt erreichen soll, nämlich die zweite Stammstrecke, ist das klare Statement der GRÜNEN: Dagegen sind wir auch.

(Beifall bei der CSU)

Ihr müsst euch schon einmal entscheiden, was ihr wollt, alles geht nicht zusammen.

Ich sage Ihnen eines: Uns ist doch völlig klar, dass das ein Prozess ist. Uns ist auch völlig klar, dass es auf die Herausforderungen im ländlichen Raum nicht nur eine Antwort gibt, sondern sehr viele. Deswegen haben wir versucht, die unterschiedlichen Instrumente darzustellen. Der ländliche Raum ist formal Stadtumland. Der Landkreis München, der Landkreis Nürnberger Land, der Landkreis Fürth haben ganz andere Herausforderungen als zum Beispiel der Landkreis Kronach. Deswegen versuchen wir, durch ein Bündel von Maßnahmen, durch verschiedene Instrumente die Bedingungen

so zu setzen, dass passgenau und unter Respektierung und Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung Chancen eröffnet werden, das Ganze anzugehen, meine Damen und Herren. Wenn gesagt wird, es ist Show, dann sage ich Ihnen: Überzentrale Ortesysteme, Zielabweichungsverfahren und RmbHs sind nicht sehr showtauglich, ganz im Gegenteil. Ich würde mir aber – das sage ich Ihnen ganz offen – mehr Ideen wünschen.

Herr Hartmann, nur von Zebrastreifen auf Bundesstraßen oder Kanalsanierungen zu sprechen, wäre für den ländlichen Raum zu wenig. Ich bitte Sie ganz herzlich: Jeder an seinem Platz – das habe ich wirklich so gemeint –, jeder kann eine Idee einbringen. Wir wollen keine Alimentierung. Wir wollen die vorhandenen Kräfte aktivieren. Ich glaube, damit hat der ländliche Raum eine Chance und eine Zukunft, meine Damen und Herren.

Wenn ich noch einmal zurückgehen darf: Es gab schon einmal eine Phase, in der gesagt wurde: Lasst in Bayern doch vor allem die Städte blühen und zu großen Zentren werden, aus dem Rest machen wir Nationalparks. Ich sage Ihnen eines: Wir müssen uns um alle kümmern, aber vordringlich um die Menschen, auch in den ländlichen Räumen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen. – Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt 4 aufrufe, möchte ich Sie davon unterrichten, dass zum Tagesordnungspunkt 11 von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist.